

Vorlage für die Sitzung des Senats am 16. Januar 2024

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes (RBG)

A. Problem

Das Radio-Bremen-Gesetz (RBG) wurde zuletzt im Jahr 2018 umfassend geändert. Seitdem hat es rechtliche Veränderungen gegeben, die eine erneute Novellierung erforderlich machen.

Im Vordergrund stehen dabei Änderungen, die sich aus den neueren Entwicklungen im Bereich des Medienrechts ergeben, insbesondere durch den Dritten und Vierten Medienänderungsstaatsvertrag, sowie Anpassungen aufgrund medienpolitischer Debatten und Entwicklungen.

B. Lösung

Der Senat beschließt den Entwurf des Änderungsgesetzes zum Radio-Bremen-Gesetz sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

Der Entwurf des Änderungsgesetzes sieht vor, dass die Grundsätze der Nachhaltigkeit bei den allgemeinen Grundsätzen, für die sich Radio Bremen einsetzen soll, in § 3 Absatz 2 Satz 1 des Radio-Bremen-Gesetzes (RBG) verankert werden. Diese Neuregelung ist Ausdruck der in der Bremer Landesverfassung niedergelegten Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 11a Absatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen). In Hinblick auf die Wirtschaftsführung von Radio Bremen wird die Ausrichtung auf die Grundsätze der Nachhaltigkeit und damit die besondere Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in dieser Hinsicht in § 24 Absatz 1 RBG ebenfalls festgeschrieben.

Zudem wird mit der Novelle der Auftrag von Radio Bremen entsprechend der Vorgaben des Dritten Medienänderungsstaatsvertrages in § 2 Absatz 3 RBG und Absatz 4 RBG neu gefasst. Ferner wird angesichts der wachsenden Bedeutung der digitalen Medienangebote festgeschrieben, dass die Gesamtheit der Medienangebote der publizistischen Vielfaltssicherung dienen muss (§ 2 Absatz 3 Satz 5 RBG). Um eine wirksame Kontrolle dieses Teils des Auftrages durch den Rundfunkrat zu gewährleisten, wird eine Berichtspflicht gegenüber dem Rundfunkrat eingeführt. Der Digitalisierung der Medien trägt die Novelle ferner in Bezug auf die Empfehlungssysteme Rechnung, für die zukünftig in § 4 Absatz 4 Satz 2 und Satz 3 RBG vorgesehen ist, dass diese dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil Rechnung tragen müssen. Darüber

hinaus wird auch an weiteren Stellen die zunehmende Bedeutung digitaler Medien berücksichtigt, indem beispielsweise die Verpflichtung, Inhalte in niederdeutscher Sprache in angemessenem Umfang zu verbreiten, auf die Telemedien erstreckt wird (§ 3 Absatz 7 RBG).

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzesentwurfes ist die Verbesserung der Kontrolle der Anstalt durch die Gremien. Im Bereich des Gremienbüros wird die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Gremienbüros dadurch gestärkt, dass das arbeitsrechtliche Direktionsrecht über die Mitarbeiter nur noch im Einvernehmen mit den Gremienvorsitzenden von Rundfunk- und Verwaltungsrat ausgeübt werden darf (§ 8 Absatz 2 RBG). Zudem soll die Akzeptanz durch den Rundfunkrat verbessert werden, indem Mitglieder zukünftig nicht nur bei dem Vorliegen einer Interessenkollision ausgeschlossen sind, sondern auch, wenn bei der Entscheidung einer Angelegenheit ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechtfertigen (§ 11 Absatz 1 Satz 2 RBG). Darüber hinaus müssen Mitglieder des Rundfunkrates in Zukunft Ausschlussgründe von sich aus anzeigen (§ 11 Absatz 5 RBG). Die entsprechenden Verschärfungen werden auch für die Mitglieder des Verwaltungsrates gelten. Überdies wird die Bedeutung externer Fortbildungen der Rundfunkrats- und Verwaltungsratsmitglieder zukünftig im Gesetz ausdrücklich betont (§ 13 Absatz 10 Satz 3 RBG und § 16 Absatz 7 Satz 3 RBG). Schließlich werden die Anforderungen an die formale Qualifikation der Mitglieder des Verwaltungsrates im Bereich der Betriebswirtschaft erhöht und ein Teilnahmerecht der Rechtsaufsicht an Sitzungen des Verwaltungsrates aufgenommen (§ 16 Absatz 5 Satz 2 RBG).

Ein weiteres wesentliches Anliegen des Gesetzes stellt die Verbesserung der Transparenz und die Aufnahme eines Bürgerdialogs in das Radio-Bremen-Gesetz dar. Für den Bürgerdialog enthält das Radio-Bremen-Gesetz nunmehr in § 2 Absatz 8 RBG eine Regelung. Die Veröffentlichungspflichten Radio Bremens werden in § 2 Absatz 7 Satz 2 RBG konkretisiert und ausgeweitet. Sie beziehen sich zukünftig auf die Organisationsstruktur, einschließlich der Zusammensetzung der Gremien und ihrer eingesetzten Ausschüsse, alle Satzungen, Richtlinien, Geschäftsordnungen, Selbstverpflichtungen, die Finanzordnung und Beschlüsse der Gremien von wesentlicher Bedeutung. Auch die Veröffentlichungspflichten in Bezug auf das Einkommen und die Versorgung der Intendantin oder des Intendanten sowie der Mitglieder des Direktoriums wird, über die Vorgaben des Vierten Medienstaatsvertrages hinausgehend, geregelt (§ 26 Absatz 8 RBG). Ferner hat die Anstalt zukünftig die Tarifstrukturen und die außertariflichen Vereinbarungen in einer strukturierten Darstellung transparent zu machen (§ 26 Absatz 10 RBG).

Schließlich bildet die Verbesserung der Bestimmungen zur Wirtschaftsführung von Radio Bremen ein Regelungsanliegen des Gesetzentwurfs. In § 17 RBG wird zukünftig die Einhaltung der Compliancegrundsätze sowie der Grundsätze guter Unternehmensführung verbindlich vorgegeben, wobei der Verwaltungsrat die Einhaltung dieser Vorgaben gemäß § 15 Absatz 4 Nummer 6 RBG zu überwachen hat. § 24 RBG wird dahingehend umfassend überarbeitet und ergänzt, dass zukünftig für finanzwirksame Maßnahmen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind (§ 24 Absatz 2 RBG), das Rechnungswesen eine Kostenrechnung vorzuhalten hat, das der Größe

von Radio Bremen entspricht (§ 24 Absatz 3 RBG), Personalkonzepte zur mittel- und langfristigen Steuerung des Personalaufwandes zu erstellen sind (§ 24 Absatz 4 RBG) und die Gehaltsstruktur sich im Bereich der außertariflich Beschäftigten am öffentlichen Sektor zu orientieren hat (§ 24 Absatz 6 RBG). Die Durchsetzung der Regelungen zur Gehaltsstruktur wird durch umfassende Informationspflichten zu den übertariflich Beschäftigten gegenüber dem Verwaltungsrat in § 26 Absatz 9 RBG ergänzt, wobei die Informationspflicht der Wahrung der Integrität, Unabhängigkeit und Akzeptanz der Berichterstattung dient.

Das Radio-Bremen-Gesetz ist im Übrigen insgesamt einer Durchsicht unterzogen worden, um sprachliche Überarbeitungen und gesetzessystematische Verbesserungen vorzunehmen sowie aktuelle rechtspolitische Entwicklungen einzuarbeiten.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des Rundfunkrates von Radio Bremen soll im parlamentarischen Verfahren erörtert werden, ob Anpassungen vorgenommen werden sollen. Sofern die Zusammensetzung des in 2024 neu zu konstituierenden Rundfunkrates geändert werden soll, sollte das Änderungsgesetz möglichst bis Ende März 2024 verabschiedet werden, damit es rechtzeitig vor der Neukonstituierung des Rundfunkrates in Kraft tritt.

C. Alternativen

Es werden keine Alternativen vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Das Änderungsgesetz führt weder zu finanziellen Auswirkungen für den Haushalt des Landes Bremen. Das Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes berücksichtigt die Ziele der Gleichstellung der Geschlechter.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Bei der Erstellung des Gesetzesentwurfs sind Radio Bremen, der Rundfunkrat von Radio Bremen, der Verwaltungsrat von Radio Bremen, der Personalrat von Radio Bremen sowie die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau beteiligt worden.

Die rechtsförmliche Prüfung ist durchgeführt worden.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorabunterrichtung ist zur Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

Die beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist im zentralen elektronischen Informationsregister zu veröffentlichen.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei die beigefügte Mitteilung des Senats an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 16. Januar 2024**

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes

Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes mit der Bitte um Beschlussfassung.

Mit dem Gesetz werden neben der Umsetzung der neueren Entwicklungen des Medienrechts, insbesondere durch den Dritten und Vierten Medienänderungsstaatsvertrag, auch die Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien umgesetzt. Weiter werden die Gremienkontrolle und die Transparenz sowie die Bestimmungen zur Wirtschaftsführung verbessert. Seitens des Senates werden keine Vorschläge zur Änderung der Zusammensetzung des Rundfunkrates von Radio Bremen unterbreitet, weil die Entscheidung über die Zusammensetzung des Rundfunkrates als vorrangig parlamentarische Aufgabe angesehen wird. Finanzielle Auswirkungen sind für das Land Bremen mit dem Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes nicht verbunden. Es wird um eine Beschlussbefassung in 2. Lesung bis Ende März 2024 gebeten, um ein rechtzeitiges Inkrafttreten des Gesetzes noch vor der Neukonstituierung des Rundfunkrats im Juni 2024 zu ermöglichen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes.

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes

Vom ...

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Das Radio-Bremen-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Januar 2021 (Brem.GBl. S. 90 — 225-b-1) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 5 wird wie folgt gefasst:

„§ 5 Unzulässige Angebote, Jugendschutz“
 - b) Nach der Angabe zu § 16 wird folgende Angabe zu § 17 eingefügt:

„§ 17 Compliance und gute Unternehmensführung“
 - c) Die bisherigen Angaben zu den §§ 17 bis 22 werden die Angaben zu den §§ 18 bis 23.
 - d) Die bisherige Angabe zu § 23 wird die Angabe zu § 24 und wie folgt gefasst:

„§ 24 Wirtschaftsplan, Einnahmen und Personalausgaben“
 - e) Die bisherigen Angaben zu den §§ 24 bis 30 werden die Angaben zu den §§ 25 bis 31.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Die Anstalt hat in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das regionale, nationale, europäische und internationale Geschehen, insbesondere in politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht, in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie soll hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern sowie den Diskurs im Bund und in der Freien Hansestadt Bremen fördern. Die Anstalt hat die Aufgabe, ein

Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Bei der Angebotsgestaltung soll sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihr aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen. Die Gesamtheit der Angebote trägt zur publizistischen Vielfalt bei, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden. Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien. Ihr Angebot hat der Bildung, Information, Beratung und Kultur zu dienen. Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags. Der Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 soll in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlebene der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein. Ihr Angebot hat auch zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Artikel 11 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Bezug auf die Regionalsprache Niederdeutsch zu dienen.“

b) Dem Absatz 4 werden folgende Sätze angefügt:

„Die Anstalt ist bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsgemäßen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung, wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten, verpflichtet.“

c) Absatz 7 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Zu diesem Zwecke macht sie insbesondere die Organisationsstruktur, einschließlich der Zusammensetzung der Gremien und ihrer eingesetzten Ausschüsse, alle Satzungen, Richtlinien, Geschäftsordnungen, Selbstverpflichtungen, die Finanzordnung und, wenn diese von wesentlicher Bedeutung sind, Beschlüsse des Rundfunk- und Verwaltungsrates sowie sonstige Informationen in geeigneter Form auf ihren Internetseiten bekannt.“

d) Nach Absatz 7 wird folgender Absatz 8 eingefügt:

„(8) Die Anstalt trifft Maßnahmen, um sich in einem kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung, insbesondere über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots, auszutauschen. Die Mitglieder des Rundfunkrates sind in den kontinuierlichen Dialog angemessen einzubeziehen und der Dialog soll in Bremen und Bremerhaven stattfinden.“

e) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9.

f) Folgender Absatz 10 wird angefügt:

„(10) Die Regelungen in dieser Vorschrift sowie in den § 3 und § 4 dienen allein dem öffentlichen Interesse; subjektive Rechte Dritter werden durch sie nicht begründet.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Frauen und Männern“ durch die Wörter „Menschen aller Geschlechter“ ersetzt und nach dem Wort „Umwelt“ die Wörter „sowie die Grundsätze der Nachhaltigkeit“ eingefügt.

b) In Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „sein“ nach dem Wort „frei“ gestrichen und nach dem Wort „Interessengruppen“ eingefügt.

c) In Absatz 5 Satz 2 werden die Wörter „und Quellen“ durch die Wörter „oder Quellen“ ersetzt.

d) In Absatz 7 wird das Wort „Sendungen“ durch das Wort „Angebote“ ersetzt und hinter dem Wort „Programm“ werden die Wörter „und im Gesamtangebot“ eingefügt.

4. § 4 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden nach dem Wort „Medienstaatsvertrag“ die Wörter „und dem ARD-Staatsvertrag“ eingefügt.

b) Folgende Sätze werden angefügt:

„Soweit sie in ihren Telemedienangeboten Empfehlungssysteme nutzt oder anbietet, sollen diese einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen. Diese müssen dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.“

5. In der Überschrift von § 5 wird das Wort „Sendungen“ durch das Wort „Angebote“ ersetzt.
6. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „zwei“ durch das Wort „drei“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Anstalt“ die Wörter „Telemedien anbietet oder“ eingefügt.
 - c) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „schriftlich oder elektronisch“ durch die Wörter „mindestens in Textform“ ersetzt.
7. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Wort „Sendungen“ durch das Wort „Angebote“ ersetzt und die Angabe „§ 19“ durch die Angabe „§ 20“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 wird das Wort „Sendungen“ durch das Wort „Angebote“ ersetzt und die Angabe „§ 28“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.
8. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
 - b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Rundfunkrat und Verwaltungsrat müssen in der Lage sein, die ihnen jeweils zugewiesenen Aufgaben umfassend zu erfüllen. Hierbei ist insbesondere sicherzustellen, dass ein gemeinsames Gremienbüro eingerichtet wird, das angemessen mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gremienbüros sind in ihrer Tätigkeit fachlich nur den Weisungen der Gremienvorsitzenden des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates unterworfen. Die Anstalt darf das arbeitsrechtliche Direktionsrecht sowie personelle Einzelmaßnahmen in Bezug auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gremienbüros nur im Einvernehmen mit den Gremienvorsitzenden des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates ausüben. § 22 und § 23 bleiben unberührt.“
9. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 9 wird die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 27“ ersetzt.

bb) In Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

cc) In Nummer 12 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

dd) Folgende Nummer 13 wird angefügt:

„13. Entscheidung über Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen nach § 32a des Medienstaatsvertrages.“

b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die Anstalt berichtet dem Rundfunkrat alle vier Jahre über die Entwicklung ihrer Telemedienangebote und geht darin auf die sich aus dem Medienstaatsvertrag ergebenden Anforderungen und insbesondere auf die Vorgaben in § 2 Absatz 3 Satz 5 ein.“

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und in Satz 2 Nummer 2 wird das Wort „grundsätzlicher“ durch das Wort „wesentlicher“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und die Angabe „§ 24“ wird durch die Angabe „§ 25“ ersetzt.

10. In § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 22 wird die Angabe „Satz 1“ durch die Angabe „den Nummern 1 bis 21 und Nummern 23 bis 25“ ersetzt.

11. § 11 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Mitglieder des Rundfunkrates dürfen weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn bei der Entscheidung einer Angelegenheit ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechtfertigen.“

b) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 wird nach dem Wort „stehen“ ein Komma eingefügt.

c) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Sofern ein Ausschlussgrund gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 bei einem Mitglied des Rundfunkrates eintritt, hat das Mitglied des

Rundfunkrates dies dem Rundfunkrat bis zu dessen nächsten Sitzung anzuzeigen.“

- d) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden zu den Absätzen 6 und 7.
- e) Folgender Absatz 8 wird angefügt:

„(8) Die Mitglieder des Rundfunkrates sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Verschwiegenheitspflicht erstreckt sich auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Dritter sowie auf alle sonstigen vertraulichen Angelegenheiten und Tatsachen, die den Mitgliedern während der Ausübung ihrer Rundfunkratstätigkeit bekannt geworden sind. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nach dem Ausscheiden aus dem Rundfunkrat fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht für Angelegenheiten oder Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.“

12. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Es sollen nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder demselben Geschlecht angehören. Der Anteil von Frauen soll dabei nicht den Anteil von Männern unterschreiten. Entsendet eine Stelle oder Organisation ein ordentliches und stellvertretendes Mitglied, müssen die beiden Mitglieder unterschiedlichen Geschlechtern angehören. Wenn eine Stelle oder Organisation beim Wechsel der Amtsperiode ein neues ordentliches Mitglied entsendet, muss es ein anderes Geschlecht als das zuvor entsandte Mitglied haben. Die Anforderungen der Sätze 3 und 4 entfallen bei einer Entsendung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12.“

- b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Sie beginnt mit dem 1. Juni des Jahres, in dem die Amtsperiode des vorherigen Rundfunkrates endet.“

- bb) In Satz 3 wird die Angabe „zwei“ durch die Angabe „sechs“ ersetzt.

13. § 13 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 6 Satz 4 wird die Angabe „§ 20“ durch die Angabe „§ 21“ ersetzt.
- b) In Absatz 8 Satz 2 wird nach dem Wort „werden“ ein Komma eingefügt und das Wort „Frauenbeauftragte“ durch die Wörter „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte“ ersetzt.
- c) In Absatz 9 Satz 1 werden nach dem Wort „Internetseiten“ die Wörter „leicht auffindbar“ eingefügt.
- d) Dem Absatz 10 wird folgender Satz angefügt:

„Die Anstalt ermöglicht in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Rundfunkrates Fort- und Weiterbildung mit externen Personen.“

14. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 3 werden die Wörter „von denen die Hälfte Frauen und die Hälfte Männer sein sollen“ durch die Wörter „von denen nicht mehr als die Hälfte demselben Geschlecht angehören darf“ ersetzt.

- bb) Satz 3 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes betriebswirtschaftliches Hochschulstudium,“

- cc) In Satz 3 Nummer 4 werden nach dem Wort „Gebiet“ die Wörter „der Medienwirtschaft oder Medienwissenschaft, insbesondere im Bereich“ eingefügt.

- dd) Folgender Satz 4 wird am Ende des Absatzes angefügt:

„Der Anteil von Frauen soll dabei nicht den Anteil von Männern unterschreiten.“

- b) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „Absätze 5 und 6“ durch die Angabe „Absätze 5 bis 8“ ersetzt.

15. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Nummer 2 wird nach dem Wort „sowie“ das Wort „wesentliche“ eingefügt.
- b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - bb) Folgende Nummern 5 und 6 werden angefügt:

„5. Mitwirkung an der Erarbeitung der Maßstäbe gemäß § 31 Absatz 5 des Medienstaatsvertrages und

6. Überwachung der Einhaltung der Compliancegrundsätze sowie der Grundsätze der guten Unternehmensführung gemäß § 17.“

16. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 5 wird folgender Satz angefügt:

„Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Rechtsaufsicht kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen.“
- b) Dem Absatz 7 wird folgender Satz angefügt:

„Die Anstalt ermöglicht in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates Fort- und Weiterbildung mit externen Personen.“

17. Nach § 16 wird folgender § 17 eingefügt:

„§ 17

Compliance und gute Unternehmensführung

(1) Die Anstalt hat ein Compliance Management System nach anerkannten Standards sowie eine Unternehmensleitung entsprechend den Grundsätzen der guten Unternehmensführung zu gewährleisten und nach dem aktuellen Stand fortzuschreiben. Es wird zur Verwirklichung eines effektiven Compliance Management Systems auch eine in Ausübung der Tätigkeit unabhängige Compliancestelle oder eine Compliancebeauftragte oder ein Compliancebeauftragter eingesetzt, die oder der regelmäßig an die Intendantin oder den Intendanten und den Verwaltungsrat berichtet. Soweit der Rundfunkrat unmittelbar berührt ist, ist auch an diesen zu berichten.

(2) Die Anstalt beauftragt eine Ombudsperson als externe Anlaufstelle für vertrauliche und anonyme Hinweise zu Rechts- und Regelverstößen. Die Ombudsperson soll die Befähigung zum Richteramt besitzen und darf keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die neutrale und unabhängige Vertrauensstellung zu gefährden.“

18. Die bisherigen §§ 17 bis 19 werden die §§ 18 bis 20.

19. Der bisherige § 20 wird § 21 und in Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „in geeigneter Form“ eingefügt.

20. Der bisherige § 21 wird § 22 und in Absatz 4 Satz 1 und Satz 3 sowie in Absatz 5 Satz 1 wird jeweils das Wort „Redakteursausschuss“ durch das Wort „Redaktionsausschuss“ ersetzt.

21. Der bisherige § 22 wird § 23.

22. Der bisherige § 23 wird § 24 und wie folgt neu gefasst:

„§ 24

Wirtschaftsplan, Einnahmen und Personalausgaben

(1) Bei Aufstellung und Ausführung ihres Wirtschaftsplans hat die Anstalt die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu beachten.

(2) Für finanzwirksame Maßnahmen führt die Anstalt eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch. Das Nähere regelt die Finanzordnung. Diese kann, sofern und soweit auf andere Weise die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung gewährleistet wird, im Einzelnen bestimmte Ausnahmen für unbedeutende finanzwirksame Maßnahmen sowie für den Bereich des Kaufs, der Entwicklung und der Produktion von audiovisuellen Angebote vorsehen.

(3) Es ist ein Rechnungswesen einschließlich der dazugehörigen Kostenrechnung vorzuhalten, das der Größe und den besonderen Anforderungen der Anstalt entspricht.

(4) Die Anstalt erstellt Personalkonzepte zur mittel- und langfristigen Steuerung des Personalaufwands.

(5) Die Einnahmen der Anstalt dürfen nur zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages verwendet werden. Zuschüsse des Staates sowie politischer, wirtschaftlicher oder anderer Organisationen sind unzulässig.

(6) Die Gehaltsstruktur und Entlohnung im Bereich der außertariflichen Beschäftigten orientieren sich am öffentlichen Sektor, an den Aufgaben und der Größe der Anstalt und berücksichtigen, dass die Anstalt weitgehend aus Beiträgen finanziert wird.“

23. Der bisherige § 24 wird § 25 und in Absatz 3 werden die Wörter „der Geschäftsführung“ durch die Wörter „des Direktoriums“ ersetzt.

24. Der bisherige § 25 wird § 26 und wie folgt geändert:

a) Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

„(8) Die Anstalt veröffentlicht sämtliche für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge, Vergütungen und Leistungen der Intendantin oder des Intendanten und der vom Rundfunkrat gewählten Direktorinnen und Direktoren unter Nennung des Namens in ihrem Geschäftsbericht und in geeigneter Form auf ihren Internetseiten, soweit diese nicht einer Abführungspflicht unterliegen. Teil dieser Bezüge sind namentlich Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und sonstige geldwerte Vorteile. Satz 1 gilt insbesondere auch für

1. Leistungen, die den genannten Personen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
2. Leistungen, die den genannten Personen für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie dem vonseiten der Anstalt während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,
3. während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen,
4. Leistungen, die einer der genannten Personen, die ihre Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind,
5. Leistungen, die den genannten Personen für Tätigkeiten bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gewährt worden sind, und

6. Leistungen, die den genannten Personen für entgeltliche Nebentätigkeiten gewährt worden sind, auch wenn diese nicht im Zusammenhang mit der Tätigkeit bei der Anstalt stehen.“

b) Folgende Absätze 9 und 10 werden angefügt:

„(9) Die Anstalt berichtet dem Verwaltungsrat jährlich über die Bezüge, Vergütungen und Leistungen im Sinne von Absatz 8 im Hinblick auf die sonstigen außertariflichen Beschäftigten. Die Anstalt darf außertarifliche Beschäftigungsverhältnisse nur eingehen, wenn sich die oder der Beschäftigte verpflichtet, der Anstalt gegenüber die Angaben in entsprechender Anwendung des Absatzes 8 zu tätigen, die nur der oder dem Beschäftigten bekannt sind.

(10) Die Geschäftsberichte sowie in geeigneter Form die Internetseiten der Anstalt haben Angaben über die Tarifstrukturen und eine strukturierte Darstellung der außertariflichen Vereinbarungen zu enthalten.“

25. Der bisherige § 26 wird § 27 und in Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „schriftlich“ durch die Wörter „mindestens in Textform“ ersetzt.

26. Der bisherige § 27 wird § 28 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Person“ das Komma sowie das Wort „Gruppe“ gestrichen und die Wörter „einer Sendung“ durch die Wörter „einem Angebot“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden das Komma nach dem Wort „Person“, das Wort „Gruppe“ sowie das Komma nach dem Wort „hat“ gestrichen.

bb) In Nummer 2 Satz 2 werden die Wörter „der Sendung“ durch die Wörter „des Angebots“ ersetzt.

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 werden das Komma nach dem Wort „Person“ sowie das Wort „Gruppe“ gestrichen.

bb) In Satz 4 werden die Wörter „die beanstandete Sendung“ durch die Wörter „das beanstandete Angebot“ ersetzt und nach dem Wort „und“ wird das Wort „die“ eingefügt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird das Wort „Programms“ durch das Wort „Angebots“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort „Programmssparte“ durch das Wort „Angebotssparte“ und das Wort „Sendezeit“ durch das Wort „Veröffentlichungszeit“ ersetzt.
- e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „eine Sendung“ durch die Wörter „ein Angebot“ und die Wörter „der Sendung“ durch die Wörter „dem Angebot“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 werden die Wörter „die Sendung“ durch die Wörter „das Angebot“ ersetzt.
- f) In Absatz 8 Satz 1 wird die Angabe „§ 28“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

27. Die bisherigen §§ 28 und 29 werden die §§ 29 und 30.

28. Der bisherige § 30 wird § 31 und folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) § 26 Absatz 9 Satz 2 gilt nicht für die außertariflich Beschäftigten, deren außertarifliches Beschäftigungsverhältnis vor dem 1. Juni 2024 eingegangen worden ist. Soweit die Anstalt insoweit die Angaben gemäß § 26 Absatz 9 Satz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 8 nicht erlangen kann, entfällt auch die Berichtspflicht gegenüber dem Verwaltungsrat.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Bremen, den

Der Senat

Begründung zum Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes (RBG)

Das Radio-Bremen-Gesetz wurde zuletzt im Jahr 2018 umfassend geändert. Seitdem hat es rechtliche Veränderungen gegeben, die eine erneute Novellierung erforderlich machen.

Im Vordergrund stehen dabei Änderungen, die sich aus den neueren Entwicklungen im Bereich des Medienrechts ergeben, insbesondere durch den Dritten und Vierten Medienänderungsstaatsvertrag, sowie Anpassungen aufgrund medienpolitischer Debatten und Entwicklungen.

A. Allgemeiner Änderungsbedarf

Ein Hauptanliegen des Gesetzes ist es, die Grundsätze der Nachhaltigkeit bei den allgemeinen Grundsätzen, für die sich Radio Bremen einsetzen soll, in § 3 Absatz 2 Satz 1 zu verankern. Diese Neuregelung ist Ausdruck der in der Bremer Landesverfassung niedergelegten Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 11a Absatz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen). Für die Wirtschaftsführung von Radio Bremen wird die Ausrichtung auf die Grundsätze der Nachhaltigkeit und damit die besondere Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in dieser Hinsicht in § 24 Absatz 1 ebenfalls festgeschrieben.

Zudem wird mit der Novelle der Auftrag von Radio Bremen entsprechend der Vorgaben des Dritten Medienänderungsstaatsvertrages in § 2 Absatz 3 und Absatz 4 neu gefasst. Ferner wird angesichts der wachsenden Bedeutung der digitalen Medienangebote festgeschrieben, dass die Gesamtheit der Medienangebote der publizistischen Vielfaltssicherung dienen muss (§ 2 Absatz 3 Satz 5). Um eine wirksame Kontrolle dieses Teils des Auftrages durch den Rundfunkrat zu gewährleisten, wird eine Berichtspflicht gegenüber dem Rundfunkrat eingeführt. Der Digitalisierung der Medien trägt die Novelle ferner in Bezug auf die Empfehlungssysteme Rechnung, für die zukünftig in § 4 Absatz 4 Satz 2 und Satz 3 vorgesehen ist, dass diese dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil Rechnung tragen müssen. Darüber hinaus wird auch an weiteren Stellen die zunehmende Bedeutung digitaler Medien berücksichtigt, indem beispielsweise die Verpflichtung, Inhalte in niederdeutscher Sprache in angemessenem Umfang zu verbreiten, auf die Telemedien erstreckt wird (§ 3 Absatz 7).

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesetzesentwurfes ist die Verbesserung der Kontrolle der Anstalt durch die Gremien. Im Bereich des Gremienbüros wird die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Gremienbüros dadurch gestärkt, dass das arbeitsrechtliche Direktionsrecht über die Mitarbeiter nur noch im Einvernehmen mit den Gremienvorsitzenden von Rundfunk- und Verwaltungsrat ausgeübt werden darf (§ 8 Absatz 2). Zudem soll die Unabhängigkeit des Rundfunkrates verbessert werden, indem Mitglieder zu-

künftig nicht nur bei dem Vorliegen einer Interessenkollision ausgeschlossen sind, sondern auch, wenn bei der Entscheidung einer Angelegenheit ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechtfertigen (§ 11 Absatz 1 Satz 2). Darüber hinaus müssen Mitglieder des Rundfunkrates in Zukunft Ausschlussgründe von sich aus anzeigen (§ 11 Absatz 5). Die entsprechenden Verschärfungen werden auch für die Mitglieder des Verwaltungsrates gelten. Überdies wird die Bedeutung externer Fortbildungen der Rundfunkrats- und Verwaltungsratsmitglieder zukünftig im Gesetz ausdrücklich betont (§ 13 Absatz 10 Satz 3 und § 16 Absatz 7 Satz 3). Schließlich werden die Anforderungen an die formale Qualifikation der Mitglieder des Verwaltungsrates im Bereich der Betriebswirtschaft erhöht und ein Teilnahmerecht der Rechtsaufsicht an Sitzungen des Verwaltungsrates aufgenommen (§ 16 Absatz 5 Satz 2).

Ein weiteres wesentliches Anliegen des Gesetzes stellt die Verbesserung der Transparenz und die Aufnahme eines Bürgerdialogs in das Radio-Bremen-Gesetz dar. Für den Bürgerdialog enthält das Radio-Bremen-Gesetz nunmehr in § 2 Absatz 8 eine Regelung. Die Veröffentlichungspflichten Radio Bremens werden in § 2 Absatz 7 Satz 2 konkretisiert und ausgeweitet. Sie beziehen sich zukünftig auf die Organisationsstruktur, einschließlich der Zusammensetzung der Gremien und ihrer eingesetzten Ausschüsse, alle Satzungen, Richtlinien, Geschäftsordnungen, Selbstverpflichtungen, die Finanzordnung und Beschlüsse der Gremien von wesentlicher Bedeutung. Auch die Veröffentlichungspflichten in Bezug auf das Einkommen und die Versorgung der Intendantin oder des Intendanten sowie der Mitglieder des Direktoriums wird, über die Vorgaben des Vierten Medienstaatsvertrages hinausgehend, geregelt (§ 26 Absatz 8). Ferner hat die Anstalt zukünftig die Tarifstrukturen und die außertariflichen Vereinbarungen in einer strukturierten Darstellung transparent zu machen (§ 26 Absatz 10).

Schließlich bildet die Verbesserung der Bestimmungen zur Wirtschaftsführung von Radio Bremen ein Regelungsanliegen des Gesetzentwurfs. In § 17 wird zukünftig die Einhaltung der Compliancegrundsätze sowie der Grundsätze guter Unternehmensführung verbindlich vorgegeben, wobei der Verwaltungsrat die Einhaltung dieser Vorgaben gemäß § 15 Absatz 4 Nummer 6 zu überwachen hat. § 24 wird dahingehend umfassend überarbeitet und ergänzt, dass zukünftig für finanzwirksame Maßnahmen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen durchzuführen sind (§ 24 Absatz 2), das Rechnungswesen eine Kostenrechnung vorzuhalten hat, das der Größe von Radio Bremen entspricht (§ 24 Absatz 3), Personalkonzepte zur mittel- und langfristigen Steuerung des Personalaufwandes zu erstellen sind (§ 24 Absatz 4) und die Gehaltsstruktur sich im Bereich der außertariflich Beschäftigten am öffentlichen Sektor zu orientieren hat (§ 24 Absatz 6). Die Durchsetzung der Regelungen zur Gehaltsstruktur wird durch umfassende Informationspflichten zu den übertariflich Beschäftigten gegenüber dem Verwaltungsrat in § 26 Absatz 9 ergänzt, wobei die Informationspflicht der Wahrung der Integrität, Unabhängigkeit und Akzeptanz der Berichterstattung dient.

Das Radio-Bremen-Gesetz ist im Übrigen insgesamt einer Durchsicht unterzogen worden, um sprachliche Überarbeitungen und gesetzessystematische Verbesserungen vorzunehmen sowie aktuelle rechtspolitische Entwicklungen einzuarbeiten.

Durch die Änderungen bleibt unberührt, dass der Programmauftrag und die Programmgrundsätze Radio Bremens der dualen Ordnung des Rundfunks dienen. Radio Bremen kommt in der Erfüllung des Auftrags der umfassenden und freien individuellen sowie öffentlichen Meinungsbildung weiterhin der verfassungsrechtlich geforderten Grundversorgung nach, ohne dass die gesetzlichen Regelungen von sonstigen Marktteilnehmern, Verbrauchern oder Mitbewerbern als Schutznormen in Anspruch genommen werden können.

B. Einzelne Änderungen

Artikel 1

Zu § 2:

Die Neufassung beziehungsweise Einfügung von § 2 Absatz 3 Satz 2 bis Satz 4 und Satz 6 bis Satz 9, Absatz 4 Satz 3 übernimmt die Neufassung des Auftrages für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wie er in § 26 Medienstaatsvertrag (MStV) mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag eingefügt worden ist, in das Radio-Bremen-Gesetz. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Ergänzend sieht § 2 Absatz 3 Satz 5 vor, dass die Gesamtheit der Angebote zur publizistischen Vielfalt beitragen muss, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann unabhängiger von Quoten und kommerziellem Druck zur Meinungsbildung, Information, Unterhaltung, Kultur- und Medienvielfalt beitragen und muss sicherstellen, keine Kopie der werbe- und durch Abonnenten finanzierten privaten Angebote im Netz, Hörfunk und Fernsehen zu bieten. Die freie Presse stellt ebenfalls einen unverzichtbaren Bestandteil vielfältiger Medien dar. § 2 Absatz 3 Satz 5 stellt, wie in § 2 Absatz 10 klarstellt wird, keine Schutznorm, zum Beispiel wettbewerbsrechtlicher Art, dar.

In § 2 Absatz 7 Satz 2 werden die Transparenzpflichten gegenüber Radio Bremen ausgeweitet. Zukünftig sind insbesondere die Organisationsstruktur, einschließlich der Zusammensetzung der Gremien und ihrer eingesetzten Ausschüsse, alle Satzungen, Richtlinien, Geschäftsordnungen, Selbstverpflichtungen, die Finanzordnung und, wenn diese von wesentlicher Bedeutung sind, Beschlüsse des Rundfunk- und Verwaltungsrates sowie sonstige Informationen in geeigneter Form auf den Internetseiten bekannt zu machen.

Der neu aufgenommene § 2 Absatz 8 übernimmt die Verpflichtung aus dem mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag eingeführten § 31 Absatz 6 MStV zu einem

kontinuierlichen Publikumsdialog im Land Bremen für Radio Bremen. Dabei wird die Bedeutung der Berücksichtigung beider Städte Bremen und Bremerhaven im Rahmen einer Soll-Vorschrift besonders hervorgehoben.

§ 2 Absatz 10 stellt klar, dass die Regelungen gemäß § 2 bis § 4 ausschließlich öffentlichen Interessen dienen und aus ihnen keine subjektiven Rechtspositionen begründet werden können. Damit ist unter anderem ausgeschlossen, dass die gesetzlichen Vorgaben von Marktteilnehmern, Wettbewerbern oder Verbraucher als Schutznormen in Anspruch genommen werden können. Die Norm dient ausschließlich der Klarstellung, dass den Normen § 2 bis § 4 keine drittschützende Rechtsposition zukommt.

Zu § 3:

In § 3 Absatz 2 Satz 2 werden die Grundsätze der Nachhaltigkeit in die allgemeinen Grundsätze aufgenommen. Hierdurch wird die Anstalt insbesondere verpflichtet, sich mit allen Kräften für die natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen, wie es in Art. 11a Bremische Landesverfassung für das Land Bremen insgesamt verankert worden ist. Überdies wird durch die Formulierung, dass sich Radio Bremen für die Gleichberechtigung von „Menschen aller Geschlechter“ einzusetzen hat, dem Umstand Rechnung getragen, dass Menschen den Geschlechtseintrag „divers“ haben.

In § 3 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2 erfolgen sprachliche Korrekturen.

Der Begriff „Sendung“ wird in Absatz 7 durch den Begriff „Angebot“ ersetzt, um deutlich zu machen, dass sich die Verpflichtung, Inhalte in niederdeutscher Sprache in einem angemessenen Umfang im Programm und im Gesamtangebot anzubieten, auch auf die digitalen Medien bezieht. Der Begriff des Angebotes ist in § 3 Nummer 1 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) für den Bereich des Medienrechts legal definiert. Entsprechend wird eingefügt, dass die niederdeutsche Sprache im Gesamtangebot vorhanden sein muss. Damit die niederdeutsche Sprache auch in den Rundfunk- und Fernsehprogrammen in einem angemessenen Umfang weiter vertreten ist, wird zusätzlich auch der Begriff „Programm“ beibehalten.

Zu § 4:

In § 4 Absatz 4 Satz 2 wird die Verpflichtung zum Liefern von Beiträgen zu den Gemeinschaftsprogrammen auch nach dem ARD-Staatsvertrag ausgeweitet.

§ 4 Absatz 4 Satz 3 und Satz 4 sehen vor, dass, soweit Radio Bremen in ihren Telemedienangeboten Empfehlungssysteme nutzt oder anbietet, die Empfehlungssysteme einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen sollen. Die Empfehlungssysteme müssen dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen. Die Neuregelung trägt dem Umstand Rechnung, dass Empfehlungssysteme die Gefahr in sich tragen, dass sie Nutzerinnen und Nutzer stets besonders

marktgängige Inhalte unterbreiten und bereits bestehende Gewohnheiten verstärken. Ein aus Beitragsmitteln finanziertes Angebot muss hier einen Mehrwert gegenüber privaten Angeboten bieten.

Zu § 5:

Die Überschrift war im Hinblick auf § 4 JMStV in „unzulässige Angebote, Jugendschutz“ redaktionell zu berichtigen, weil § 4 JMStV sich auf „unzulässige Angebote“ bezieht.

Zu § 6:

In § 6 Absatz 2 Satz 1 erfolgt eine Verlängerung der Aufbewahrungspflicht für publizierte Angebote auf drei Monate. Die Pflicht zur Aufbewahrung entspricht damit der Dreimonatsfrist des § 28 Absatz 3 Satz 3, wonach eine Verbreitung einer Gegendarstellung nur verlangt werden darf, wenn das Verlangen Radio Bremen unverzüglich, spätestens jedoch nach drei Monaten, zugeht.

Die Verpflichtung in § 6 Absatz 3 zur Sicherstellung der veröffentlichten Fernsehtexte, die den Zweck hat, dass berechtigten Interessen Dritter auf Beweissicherung angemessen Rechnung getragen wird, wird auf das Anbieten von Telemedien erweitert.

Die Änderung in § 6 Absatz 6 Satz 1 dient dem Zweck, dass die Glaubhaftmachung lediglich der Mindestanforderung des § 126b Bürgerliches Gesetzbuch genügen muss.

Zu § 7:

In § 7 Absatz 1 und Absatz 2 wird der Begriff „Sendungen“ durch „Angebote“ ersetzt, um auch begrifflich die Telemedienangebote einzubeziehen. Der Begriff des Angebotes ist in § 3 Nummer 1 JMStV definiert. Zudem wird eine Verweisung geändert, um der veränderten Paragraphenzählung nach der Einfügung von § 17 Rechnung zu tragen.

Zu § 8:

Der neu aufgenommene § 8 Absatz 2 orientiert sich an § 31d MStV und geht in der Ausgestaltung der Unabhängigkeit über diese Vorschrift hinaus. Damit werden die Unabhängigkeit und Fachkompetenz der Aufsichtsgremien gefestigt und gestärkt. Absatz 2 enthält eine Generalklausel, nach der den Gremien die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen müssen. Die Fassung des Gesetzes lässt Kooperationen mit anderen Rundfunkanstalten zu, soweit die Unabhängigkeit des Gremienbüros, wie sie durch das Radio-Bremen-Gesetz gewährleistet

wird, nicht tangiert wird. Statt des Terminus „Geschäftsstelle“ in § 31d MStV wird der Begriff „Gremienbüro“ verwendet, ohne dass damit eine inhaltliche Änderung verbunden wäre. Zudem wird in Absatz 2 Satz 3 klargestellt, dass die Berufsgruppen- und Personalvertretungsrechte von der Neuregelung in Bezug auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gremienbüros nicht berührt werden.

Zu § 9:

In § 9 Absatz 2 Satz 2 erfolgen sprachliche Korrekturen und die neue Nummer 13 weist dem Rundfunkrat die mit dem Dritten Medienänderungsstaatsvertrag in § 32a MStV geschaffenen Möglichkeit zur Entscheidung zu, über Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen zu entscheiden.

Nach § 9 Absatz 4 muss die Anstalt zukünftig dem Rundfunkrat alle vier Jahre über die Entwicklung der Telemedienangebote berichten und in diesem Bericht darauf eingehen, ob die Anforderungen des Medienstaatsvertrags und insbesondere die Anforderungen aus dem neu geschaffenen § 2 Absatz 3 Satz 5 eingehalten werden. Der Bericht muss daher das Gesamtangebot in den Blick nehmen und detailliert die tatsächliche Ausgestaltung des Gesamtangebotes darstellen. Daraus, dass ein Bericht zu erstellen ist, folgt, dass eine vollständige, sachliche und wertungsfreie Darstellung zu erfolgen hat, die eine eigenständige Bewertung des Rundfunkrates zulässt und die wesentliche Aspekte zusammenfassend analysiert. Bewertungen der Anstalt sind als solche in dem Bericht eindeutig zu kennzeichnen. Auf Grund der hohen Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung des Berichtes und den Arbeitsaufwand des Rundfunkrates, diesen eigenständig zu bewerten, ist eine Erstellung des Berichtes alle vier Jahre angemessen.

In § 9 Absatz 5 Satz 2 Nummer 2 erfolgt eine sprachliche Korrektur, um die doppelte Verwendung des Begriffes „grundsätzlich“ zu vermeiden. Eine inhaltliche Änderung ist mit der sprachlichen Korrektur nicht verbunden.

In § 9 Absatz 7 erfolgt eine redaktionelle Korrektur auf Grund der geänderten Paragraphenzählung.

Zu § 10:

In § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 22 erfolgt eine redaktionelle Korrektur.

Zu § 11:

§ 11 Absatz 1 regelt den Ausschluss eines Rundfunkratsmitglieds von solchen Beratungsgegenständen, bei denen in der Person des betreffenden Mitglieds eine Interessenkollision besteht. Durch den ergänzenden Satz 2 wird zudem ein Ausschluss für

den Fall vorgesehen, in dem bei der Entscheidung einer Angelegenheit bei einem Mitglied ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechtfertigen. Bei der Auslegung sind die Grundsätze anzuwenden, die die Rechtsprechung zu § 42 Absatz 2 Zivilprozessordnung entwickelt hat.

In § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 6 erfolgt eine sprachliche Korrektur.

Der neu aufgenommene § 11 Absatz 5 verpflichtet das von einer Interessenkollision nach Absatz 1 oder einem Ausschlussgrund nach Absatz 2 betroffene Rundfunkratsmitglied, über derartige Anhaltspunkte die Vorsitzende beziehungsweise den Vorsitzenden oder deren Stellvertreterin beziehungsweise dessen Stellvertreter bis zur nächsten Sitzung zu informieren. Dies erfasst auch den Fall, in dem solche Anhaltspunkte bei der oder dem Vorsitzenden selbst vorliegen.

In § 11 Absatz 8 wird eine Verschwiegenheitspflicht für die Mitglieder des Rundfunkrates aufgenommen sowie das Fortgelten der Verschwiegenheitspflicht nach dem Ausscheiden aus dem Rundfunkrat und Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht geregelt. Die Ausnahmen von der Verschwiegenheitspflicht sind nicht abschließend. Ob Offenbarungspflichten nach anderen gesetzlichen Vorschriften durchgreifen, ist durch Auslegung unter Berücksichtigung des Art. 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz im Einzelfall zu ermitteln.

Zu § 12:

Die Novellierung von § 12 Absatz 6 trägt dem Umstand Rechnung, dass einer Quotenregelung, die sich nur an dem männlichen und dem weiblichen Geschlecht orientiert, nicht dem Umstand gerecht wird, dass es Personen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ gibt. Um dennoch ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter in den Gremien sicherzustellen, ist daher vorzusehen, dass nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder demselben Geschlecht angehören. Hieraus ergibt sich, dass die andere Hälfte der Mitglieder den anderen Geschlechtern angehören müssen, wodurch ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis hergestellt wird. Entsprechend dürfen nunmehr, wenn eine Organisation ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied entsendet, beide lediglich unterschiedlichen Geschlechtern angehören. Ebenfalls muss die Person ein anderes Geschlecht haben, wenn eine Stelle oder Organisation beim Wechsel der Amtsperiode ein neues ordentliches Mitglied entsendet.

§ 12 Absatz 7 Satz 2 wird neugefasst, um für den Beginn der Amtsperiode des Rundfunkrats verbindlich den 1. Juni festzulegen.

In § 12 Absatz 7 Satz 3 wird die Frist, in der die Wahl der neuen Mitglieder vor Ablauf der Amtsperiode erfolgen kann, auf sechs Monate verlängert, um den praktischen Gegebenheiten bei der Wahl von Mitgliedern durch die entsendenden Organisationen und Stellen Rechnung zu tragen.

Zu § 13:

In § 13 Absatz 6 Satz 4 erfolgt eine redaktionelle Änderung.

In § 13 Absatz 8 Satz 2 erfolgen sprachliche Korrekturen sowie die sprachliche Anpassung an das Landesgleichstellungsgesetz.

In § 13 Absatz 9 Satz 1 erfolgt eine Klarstellung, dass die Zusammensetzung, die Tagesordnung der Sitzungen des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse, die Beschlüsse und Protokolle der öffentlichen Sitzungen sowie die Zusammenfassungen der vorbereitenden Ausschüsse zukünftig leicht auffindbar sein müssen, weil die Schaffung von Transparenz auch die leichte Auffindbarkeit von Informationen auf den Internetseiten voraussetzt.

In § 13 Absatz 10 wird die Möglichkeit eingeführt, dass die Anstalt in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Rundfunkrats Fort- und Weiterbildungen mit externen Personen durchführt. Diese Regelung entspricht § 31d Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 MStV in der Fassung des Vierten Medienänderungsstaatsvertrages. Die dadurch gegebene Möglichkeit, externe Fort- und Weiterbildungen zu besuchen, steigert die strukturelle Unabhängigkeit von der zu beaufsichtigenden Rundfunkanstalt. Die Anstalt kann die Finanzierung von externen Fort- und Weiterbildungen versagen, wenn kein unmittelbarer Zusammenhang mit der Tätigkeit besteht, bereits in erheblichem Umfang Fortbildung zu einem entsprechenden Thema durchgeführt wurde, die Fortbildung auch anderen Zwecken als der Rundfunkrattätigkeit dient, die Kosten der Fortbildung außer Verhältnis zu der Größe der Anstalt stehen oder sonstige sachliche Gründe bestehen. Mit der Formulierung „in Absprache“ ist daher ein inhaltliches Prüfungsrecht verknüpft, das eine Versagung aus zulässigen Gründen ermöglicht.

Zu § 14:

In § 14 Absatz 1 Satz 3 wird entsprechend der Neuregelung von § 13 Absatz 6 dem Umstand Rechnung getragen, dass nunmehr auch Personen mit dem Geschlechtseintrag „divers“ rechtlich gleichgestellt werden müssen.

Die Qualifikationsanforderungen an die Mitglieder im Verwaltungsrat werden in Bezug auf § 14 Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 erhöht, weil nach der alten Regelung ein Studienabschluss auf dem Niveau eines Bachelorgrades genügt hätte. Die Neufassung gewährleistet, dass die Anforderungen von § 31d Absatz 1 Nummer 1 MStV in der Fassung des Vierten Medienänderungsstaatsvertrages nunmehr in jeder Hinsicht eingehalten werden. § 14 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 passt die Formulierung ebenfalls an § 31d Absatz 1 Nummer 1 MStV an.

Die Anpassung der Verweiskette in § 14 Absatz 2 enthält eine Folgeänderung, die sich aus den Änderungen in § 11 ergibt.

Zu § 15:

In § 15 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird die Zustimmung des Verwaltungsrats auf wesentliche Änderungen von Gesellschaftsverträgen und Kapitalanteilen beschränkt.

Der Aufgabenkatalog des Verwaltungsrats in § 15 Absatz 4 wird um die Nummern 5 und 6 ergänzt und umfasst somit die Mitwirkung an der Erarbeitung der Maßstäbe gemäß § 31 Absatz 5 MStV sowie die Überwachung der Einhaltung der Compliancegrundsätze und der Grundsätze der guten Unternehmensführung gemäß § 17.

Zu § 16:

Der neu aufgenommene § 16 Absatz 5 Satz 2 sieht das Teilnahmerecht einer Vertreterin oder eines Vertreters der Rechtsaufsicht an den Sitzungen des Verwaltungsrates vor.

In § 16 Absatz 7 wird die Möglichkeit eingeführt, dass die Anstalt in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates Fort- und Weiterbildungen mit externen Personen durchführt. Zu näheren Einzelheiten wird auf die Ausführung zu § 13 Absatz 10 verwiesen.

Zu § 17:

§ 17 übernimmt die Vorgaben des § 31b MStV in das Radio-Bremen-Gesetz. Die Vorschrift des § 31b Absatz 1 Satz 3 MStV musste nicht in das Radio-Bremen-Gesetz übernommen werden, weil sie bereits für sich eine hinreichende gesetzliche Grundlage für den Datenaustausch zwischen den Compliance Stellen beziehungsweise Compliance Beauftragten darstellt. Über § 31b MStV hinausgehend werden die Grundsätze der guten Unternehmensführung aufgenommen. Eine Anwendung des Public Governance Code der Freien Hansestadt Bremen ist damit nicht verbunden; vielmehr sind die Grundsätze in Blick auf die Rundfunkfreiheit eigenständig auszulegen.

Zu § 21:

In § 21 Absatz 2 Satz 2 wird entsprechend der Novellierung des § 2 Absatz 7 die Formulierung „in geeigneter Form“ aufgenommen.

Zu § 22:

In § 22 Absatz 4 und 5 erfolgen sprachliche Anpassungen, ohne dass damit eine inhaltliche Änderung verbunden ist.

Zu § 24:

In § 24 Absatz 1 wird an den Anfang der Regelungen zur Wirtschaftsführung der Anstalt gestellt, dass Radio Bremen bei der Aufstellung und Ausführung seines Wirtschaftsplans die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu beachten hat.

Nach § 24 Absatz 2 sind für finanzwirksame Maßnahmen eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Die konkrete Ausgestaltung erfolgt in der Finanzordnung. Diese kann Ausnahmen von einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vorsehen, wenn die Finanzordnung die im Einzelnen gesetzlich ausgestalteten Voraussetzungen einhält. Zunächst können diese Einschränkungen nur vorgesehen werden, sofern, hinterlegt in der Finanzordnung, auf andere Weise die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung gewährleistet wird. Dies ist gegenüber dem Verwaltungsrat seitens der Anstalt darzulegen, wobei auch eine Kontrolle nachgewiesen werden muss. Dabei stellt das Gesetz klar, dass in diesem Fall die Ausnahme von den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nur möglich ist, „soweit“ die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung auf andere Weise auch tatsächlich gewährleistet ist. Neben diesen allgemeinen Anforderungen an eine Ausnahme sind die Abweichungsmöglichkeiten auch auf zwei Bereiche begrenzt, nämlich die im Einzelnen bestimmte Ausnahme für unbedeutende finanzwirksame Maßnahmen als erste Abweichungsmöglichkeit und die zweite Ausnahme für den Kauf, die Entwicklung und die Produktion audiovisueller Angebote. Die Ausnahmen gelten nur, wenn diese in die Finanzordnung aufgenommen und entsprechend den weiteren gesetzlichen Vorgaben ausgestaltet worden sind.

Zudem ist nach § 24 Absatz 3 zukünftig ein Rechnungswesen einschließlich der dazugehörigen Kostenrechnung vorzuhalten, das der Größe und den besonderen Anforderungen der Anstalt entspricht.

Zur effektiven Steuerung des Personalaufwandes sieht § 24 Absatz 4 vor, dass Radio Bremen zukünftig Personalkonzepte zur mittel- und langfristigen Steuerung des Personalaufwandes erstellt. Die mittelfristige Perspektive umfasst dabei die laufende und die folgende Beitragsperiode, eine langfristige Steuerung betrifft einen Zeitraum, der die folgende Beitragsperiode überschreitet. Ziel der Regelung ist, dass durch eine verlässliche Planung öffentlich-rechtlicher Journalismus auf der Grundlage gesicherter Arbeitsbedingungen auch in Zukunft erbracht werden kann.

Der zukünftige § 24 Absatz 5 entspricht dem bisherigen § 23.

Nach dem zukünftigen Absatz 6 hat sich die Gehaltsstruktur und Entlohnung der außertariflich Beschäftigten am öffentlichen Sektor, an den Aufgaben und der Größe der Anstalt zu orientieren und zu berücksichtigen, dass Radio Bremen weitgehend aus Beiträgen finanziert wird. Außertariflich Beschäftigte umfasst auch die Mitglieder des Direktoriums. Der Begriff der Orientierung lässt auch in zeitlicher Hinsicht einen Spielraum, den Zustand an die neue Rechtslage anzupassen.

Zu § 25:

In § 25 Absatz 3 erfolgt eine inhaltliche Klarstellung. Der Begriff „Geschäftsführung“ wird im Radio-Bremen-Gesetz ansonsten nicht verwendet. Daher ist das „Direktorium“ als Organ stattdessen in den Gesetzestext aufzunehmen.

Zu § 26:

Die Änderungen in § 26 ziehen für das Radio-Bremen-Gesetz die Konsequenzen aus dem neuen § 31a MStV, der mit dem Vierten Medienänderungsstaatsvertrag in Kraft getreten ist und auch für Radio Bremen gilt. Soweit das Radio-Bremen-Gesetz von § 31a MStV abweicht, macht es von der Möglichkeit des § 31a MStV Gebrauch, ohne die Geltung der weiteren Bestimmungen des § 31a MStV zu beeinträchtigen.

Die Transparenzpflichten in Bezug auf das Einkommen, Vergütungen und sonstige Leistungen zu Gunsten der Intendantin oder des Intendanten sowie der Mitglieder des Direktoriums werden durch die Neufassung des Absatz 8 umfassend gestärkt. Die Neuregelung orientiert sich weitgehend an § 31a Absatz 1 MStV. Die Zusätze „in ihrem Geschäftsbericht“ und „soweit diese nicht einer Abführungspflicht unterliegen“ sowie der neue § 26 Absatz 8 Satz 2 nehmen § 31a Absatz 1 Satz 3 und Satz 4 MStV auf. § 28 Absatz 8 Satz 3 orientiert sich an § 31a Absatz 1 Satz 5 MStV und macht von der Möglichkeit des § 31a Absatz 2 MStV Gebrauch, darüber hinaus gehende landesrechtliche Regelungen vorzusehen. So ist hinsichtlich der Nebentätigkeit eine weitergehende Transparenzverpflichtung vorgesehen, weil dies angesichts der kleinräumigen Struktur und der zahlreichen persönlichen und wirtschaftlichen Verbindungen in einem kleinen Bundesland unerlässlich ist, um die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten, den Anschein von Interessenkonflikten zu vermeiden und eine in jeder Hinsicht objektive Berichterstattung zu ermöglichen.

§ 26 Absatz 9 erstreckt die Transparenzpflichten auch auf außertarifliche Angestellte, die Absatz 8 entsprechende Angaben zukünftig gegenüber dem Verwaltungsrat zu tätigen haben. Da eine entsprechende Verpflichtung bei den außertariflich Beschäftigten nur vertraglich vereinbart werden kann, wird die Durchsetzung der Informationspflichten gegenüber dem Verwaltungsrat dadurch gewährleistet, dass ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis von der Anstalt nur eingegangen werden darf, wenn die oder der Betroffene darin einwilligt, entsprechende Angaben gegenüber dem Verwaltungsrat zu tätigen.

§ 26 Absatz 10 übernimmt die Regelung des § 31a Absatz 1 Satz 6 MStV, der mit dem Vierten Medienänderungsstaatsvertrag in den Medienstaatsvertrag aufgenommen worden ist.

§ 27:

In § 27 Absatz 3 Satz 1 wird die Möglichkeit, Eingaben in Textform zu beantworten, aufgenommen, weil die meisten Eingaben Radio Bremen per E-Mail erreichen. Daher dient es der Arbeitserleichterung, wenn diese auch mittels Textform beantwortet werden können.

Zu § 28:

Der Begriff der „Sendung“ wird durch den weiter gefassten Begriff des „Angebots“ im Bereich des Rechts der Gegendarstellung ersetzt. Eine „Sendung“ ist in § 2 Absatz 2 Nummer 3 MStV als „ein inhaltlich zusammenhängender, geschlossener, zeitlich begrenzter Teil eines Rundfunkprogramms“ definiert. Daher sind von § 27 alte Fassung keine Tatsachenbehauptung in den Telemedienangeboten von Radio Bremen umfasst. Mit dem Begriff „Angebot“, der in § 3 Nummer 1 JMStV definiert ist, werden auch die Telemedienangebote erfasst. Die Ersetzung des Begriffs „Programmsparte“ durch „Angebotssparte“ sowie „Sendezeit“ durch „Veröffentlichungszeit“ stellen redaktionelle Folgeänderungen dar.

In § 28 Absatz 1 bis 3 wird zudem der Begriff der „Gruppe“ gestrichen, der neben den Begriffen „Person“ und „Stelle“ keinen eigenständigen Anwendungsbereich hat.

§ 28 Absatz 8 enthält eine redaktionelle Anpassung an die geänderte Paragraphenzählung.

Zu § 31:

Die zwingende Vorschrift des § 26 Absatz 9 Satz 2 soll aus Gründen des Vertrauensschutzes nicht auf außertariflich Beschäftigte angewandt werden, die vor dem 1. Juni 2024 eine Beschäftigung als außertariflich Beschäftigte aufgenommen haben.

Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Änderungsgesetzes.

Entwurf Radio-Bremen-Gesetz (RBG)

Synopsis alte/neue Version

RBG (aktuelle Fassung vom 7. November 2020)	RBG - Novellierungsvorschlag
Abschnitt 1 Die Anstalt und ihr Programm	
<p>§ 1 Rechtsform</p> <p>(1) Die vom Land Bremen errichtete Rundfunkanstalt trägt den Namen „Radio Bremen“. Die Anstalt hat ihren Sitz in Bremen.</p> <p>(2) Die Anstalt ist eine gemeinnützige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen dieses Gesetzes. Sie gibt sich eine Satzung.</p> <p>(3) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Anstalt ist unzulässig.</p> <p>(4) Der Medienstaatsvertrag, der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, der ARD-Staatsvertrag und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag bleiben unberührt.</p>	<p>unverändert</p>
<p>§ 2 Auftrag</p> <p>(1) Die Anstalt hat die Aufgabe, nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie des ARD-Staatsvertrages und des Medienstaatsvertrages im Land Bremen Rundfunk zu veranstalten und Telemedien anzubieten.</p> <p>(2) Sie hat den Auftrag, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Ihrem</p>	<p>§ 2 Auftrag</p> <p>(1) Die Anstalt hat die Aufgabe, nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie des ARD-Staatsvertrages und des Medienstaatsvertrages im Land Bremen Rundfunk zu veranstalten und Telemedien anzubieten.</p> <p>(2) Sie hat den Auftrag, durch die Herstellung und Verbreitung ihrer Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Ihrem</p>

Auftrag kommt die Anstalt durch zeitgemäße Angebote nach; sie soll zu diesem Zweck auch neue Medienformen, insbesondere soziale Netzwerke, nutzen und mitgestalten. Die Anstalt hat das Recht, sachlich begründete Kritik an gesellschaftlichen Missständen, an Einrichtungen und Personen des öffentlichen Lebens zu üben.

(3) Die Anstalt hat in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das regionale, nationale, europäische und internationale Geschehen, insbesondere in politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht, in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie soll hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern fördern. Ihr Angebot hat der Bildung, Information, Beratung, Kultur und Unterhaltung zu dienen. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen. Ihr Angebot hat auch zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Artikel 11 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Bezug auf die Regionalsprache Niederdeutsch zu dienen.

Auftrag kommt die Anstalt durch zeitgemäße Angebote nach; sie soll zu diesem Zweck auch neue Medienformen, insbesondere soziale Netzwerke, nutzen und mitgestalten. Die Anstalt hat das Recht, sachlich begründete Kritik an gesellschaftlichen Missständen, an Einrichtungen und Personen des öffentlichen Lebens zu üben.

(3) Die Anstalt hat in ihren Angeboten einen umfassenden Überblick über das regionale, nationale, europäische und internationale Geschehen, insbesondere in politischer, gesellschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht, in allen wesentlichen Lebensbereichen zu geben. Sie soll hierdurch die internationale Verständigung, die europäische Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Bund und Ländern **sowie den Diskurs im Bund und in der Freien Hansestadt Bremen** fördern. **Die Anstalt hat die Aufgabe, ein Gesamtangebot für alle zu unterbreiten. Bei der Angebotsgestaltung soll sie dabei die Möglichkeiten nutzen, die ihr aus der Beitragsfinanzierung erwachsen, und durch eigene Impulse und Perspektiven zur medialen Angebotsvielfalt beitragen. Die Gesamtheit der Angebote trägt zur publizistischen Vielfalt bei, wie sie allein über den freien Markt nicht gewährleistet werden kann. Allen Bevölkerungsgruppen soll die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglicht werden. Dabei erfolgt eine angemessene Berücksichtigung aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Belange von Menschen mit Behinderungen und der Anliegen von Familien. Ihr Angebot hat der Bildung, Information, Beratung, ~~Kultur~~ und ~~Kultur und Unterhaltung~~ zu dienen. ~~Unterhaltung, die einem öffentlich-rechtlichen Profil entspricht, ist Teil des Auftrags. Auch Unterhaltung soll einem öffentlich-rechtlichen Angebot entsprechen.~~ Der Auftrag im Sinne der Sätze 8 und 9 soll in seiner gesamten Breite auf der ersten Auswahlebene der eigenen Portale und über alle Tageszeiten hinweg in den Vollprogrammen wahrnehmbar sein.** Ihr Angebot hat auch zur Erfüllung der Verpflichtungen aus Artikel 11 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen in Bezug auf die Regionalsprache Niederdeutsch zu dienen.

(4) Die Anstalt hat bei der Erfüllung ihres Auftrages die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen. Sie hat dabei

(4) Die Anstalt hat bei der Erfüllung ihres Auftrages die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen. Sie hat dabei alle Meinungsrichtungen, auch die von Minderheiten, zu berücksichtigen.

(5) Der Auftrag der Anstalt umfasst,

1. mit anderen Rundfunkveranstaltern auf vertraglicher Grundlage Gemeinschaftsprogramme zu veranstalten und zu verbreiten,
2. in ihr Programm Eigenbeiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Dritter einzubeziehen,
3. mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrages mittels öffentlich-rechtlicher Verträge im Sinne des § 54 Satz 1 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zu kooperieren,
4. programmbegleitend Druckwerke mit programmbezogenem Inhalt, auch in Gemeinschaft mit anderen Rundfunkanstalten, zu veröffentlichen, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist,
5. die erforderlichen Anlagen des Hörfunks und des Fernsehens, einschließlich von Sendeanlagen, zu betreiben und
6. bei ihren Fernsehprogrammen ganztägig die Leerzeilen des Fernsehsignals auch für Fernsehtext zu nutzen.

(6) Die Anstalt kann ihrem gesetzlichen Auftrag durch Nutzung geeigneter Übertragungswege nachkommen. Bei der Auswahl des Übertragungswegs sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Die analoge Verbreitung bisher ausschließlich digital verbreiteter Programme ist unzulässig.

(7) Die Anstalt ist verpflichtet, für eine größtmögliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke macht sie insbesondere Satzungen, Richtlinien, Selbstverpflichtungen und Beschlüsse von wesentlicher Bedeutung auf ihren Internetseiten bekannt. Dabei ist die

alle Meinungsrichtungen, auch die von Minderheiten, zu berücksichtigen. **Die Anstalt ist bei der Erfüllung ihres Auftrags der verfassungsgemäßen Ordnung und in besonderem Maße der Einhaltung journalistischer Standards, insbesondere zur Gewährleistung einer unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung, wie auch zur Achtung von Persönlichkeitsrechten verpflichtet.**

(5) Der Auftrag der Anstalt umfasst,

1. mit anderen Rundfunkveranstaltern auf vertraglicher Grundlage Gemeinschaftsprogramme zu veranstalten und zu verbreiten,
2. in ihr Programm Eigenbeiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Dritter einzubeziehen,
3. mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bei der Erfüllung ihres Auftrages mittels öffentlich-rechtlicher Verträge im Sinne des § 54 Satz 1 des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zu kooperieren,
4. programmbegleitend Druckwerke mit programmbezogenem Inhalt, auch in Gemeinschaft mit anderen Rundfunkanstalten, zu veröffentlichen, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich ist,
5. die erforderlichen Anlagen des Hörfunks und des Fernsehens, einschließlich von Sendeanlagen, zu betreiben und
6. bei ihren Fernsehprogrammen ganztägig die Leerzeilen des Fernsehsignals auch für Fernsehtext zu nutzen.

(6) Die Anstalt kann ihrem gesetzlichen Auftrag durch Nutzung geeigneter Übertragungswege nachkommen. Bei der Auswahl des Übertragungswegs sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten. Die analoge Verbreitung bisher ausschließlich digital verbreiteter Programme ist unzulässig.

(7) Die Anstalt ist verpflichtet, für eine größtmögliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke macht sie insbesondere **die Organisationsstruktur, einschließlich der Zusammensetzung der Gremien und ihrer eingesetzten Ausschüsse, alle**

<p>Schutzwürdigkeit von personenbezogenen Daten, journalistisch-redaktionellen Informationen und Betriebsgeheimnissen zu berücksichtigen.</p> <p>(8) Die Anstalt soll eine Außenstelle in Bremerhaven unterhalten.</p>	<p>Satzungen, Richtlinien, Geschäftsordnungen, Selbstverpflichtungen, die Finanzordnung und, wenn diese von wesentlicher Bedeutung sind, Beschlüsse des Rundfunk- und Verwaltungsrates sowie sonstige Informationen in geeigneter Form auf ihren Internetseiten bekannt. Dabei ist die Schutzwürdigkeit von personenbezogenen Daten, journalistisch-redaktionellen Informationen und Betriebsgeheimnissen zu berücksichtigen.</p> <p>(8) Die Anstalt trifft Maßnahmen, um sich in einem kontinuierlichen Dialog mit der Bevölkerung, insbesondere über Qualität, Leistung und Fortentwicklung des Angebots, auszutauschen. Der Rundfunkrat ist über den kontinuierlichen Dialog angemessen zu informieren und der Dialog soll in Bremen und Bremerhaven stattfinden.</p> <p>(9) Die Anstalt soll eine Außenstelle in Bremerhaven unterhalten.</p> <p>(10) Die Regelungen in dieser Vorschrift sowie in § 3 und § 4 dienen allein dem öffentlichen Interesse; subjektive Rechte Dritter werden durch sie nicht begründet.</p>
<p>§ 3 Allgemeine Grundsätze</p> <p>(1) Die Angebote der Anstalt dürfen nicht Verfassung und Gesetze verletzen. Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Keine Person darf wegen ihrer Nationalität, ihrer Abstammung, ihrer politischen Überzeugung oder ihres religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung und ihres Berufes in einer ihre Persönlichkeit, ihr Ansehen und ihre Menschenwürde schädigenden Weise angegriffen werden.</p> <p>(2) Die Angebote der Anstalt sollen von demokratischer Gesinnung und unbestechlicher Sachlichkeit getragen werden. Die Anstalt hat sich mit allen Kräften für Frieden und Verständigung unter den Völkern, Freiheit und Gerechtigkeit, Wahrheit, Achtung vor der einzelnen Persönlichkeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern und den Schutz der natürlichen Umwelt einzusetzen. Die Anstalt hat bei ihren Angeboten die</p>	<p>§ 3 Allgemeine Grundsätze</p> <p>(1) Die Angebote der Anstalt dürfen nicht Verfassung und Gesetze verletzen. Die sittlichen und religiösen Überzeugungen der Bevölkerung sind zu achten. Keine Person darf wegen ihrer Nationalität, ihrer Abstammung, ihrer politischen Überzeugung oder ihres religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung und ihres Berufes in einer ihre Persönlichkeit, ihr Ansehen und ihre Menschenwürde schädigenden Weise angegriffen werden.</p> <p>(2) Die Angebote der Anstalt sollen von demokratischer Gesinnung und unbestechlicher Sachlichkeit getragen werden. Die Anstalt hat sich mit allen Kräften für Frieden und Verständigung unter den Völkern, Freiheit und Gerechtigkeit, Wahrheit, Achtung vor der einzelnen Persönlichkeit, Gleichberechtigung von Menschen aller Geschlechter, den Schutz der natürlichen Umwelt sowie die Grundsätze der Nachhaltigkeit einzusetzen.</p>

<p>besonderen Belange behinderter Menschen, insbesondere durch barrierefreie Angebote, zu beachten.</p> <p>(3) Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen.</p> <p>(4) Die Gestaltung der Angebote der Anstalt muss frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflussnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen. Die Angebote dürfen keinen Sonderinteressen, insbesondere politischer, wirtschaftlicher oder persönlicher Art, dienen. Für Schleichwerbung, Produkt- und Themenplatzierung gelten die Vorschriften des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(5) Alle Nachrichten müssen nach Inhalt, Stil und Wiedergabe wahrheitsgetreu und sachlich sein. Bei Nachrichtenübermittlung ist nur solches Material zu benutzen, das aus Nachrichtenagenturen und Quellen stammt, die in Beurteilung und Wiedergabe einen objektiven Standpunkt erkennen lassen. Ist diese Gewähr nicht gegeben, so ist dies unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Kommentare sind deutlich von Nachrichten zu trennen und unter Nennung der Verfasserin oder des Verfassers als solche zu kennzeichnen. Wertende und analysierende Einzelbeiträge haben dem Gebot journalistischer Fairness zu entsprechen.</p> <p>(6) Die Angebote der Anstalt sollen von kulturellem Verantwortungsbewusstsein zeugen und die kulturelle Aufgabe des Rundfunks deutlich werden lassen.</p> <p>(7) Sendungen in niederdeutscher Sprache müssen in angemessenem Umfang und Regelmäßigkeit im Programm vertreten sein.</p>	<p>Die Anstalt hat bei ihren Angeboten die besonderen Belange behinderter Menschen, insbesondere durch barrierefreie Angebote, zu beachten.</p> <p>(3) Die Angebote der Anstalt haben die besonderen Belange von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen. Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlingen ist nachhaltig zu unterstützen.</p> <p>(4) Die Gestaltung der Angebote der Anstalt muss frei sein von Beeinflussung durch die Regierung oder von einseitiger Einflussnahme durch politische, wirtschaftliche, religiöse und andere Interessengruppen sein. Die Angebote dürfen keinen Sonderinteressen, insbesondere politischer, wirtschaftlicher oder persönlicher Art, dienen. Für Schleichwerbung, Produkt- und Themenplatzierung gelten die Vorschriften des Medienstaatsvertrages.</p> <p>(5) Alle Nachrichten müssen nach Inhalt, Stil und Wiedergabe wahrheitsgetreu und sachlich sein. Bei Nachrichtenübermittlung ist nur solches Material zu benutzen, das aus Nachrichtenagenturen und oder Quellen stammt, die in Beurteilung und Wiedergabe einen objektiven Standpunkt erkennen lassen. Ist diese Gewähr nicht gegeben, so ist dies unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen. Kommentare sind deutlich von Nachrichten zu trennen und unter Nennung der Verfasserin oder des Verfassers als solche zu kennzeichnen. Wertende und analysierende Einzelbeiträge haben dem Gebot journalistischer Fairness zu entsprechen.</p> <p>(6) Die Angebote der Anstalt sollen von kulturellem Verantwortungsbewusstsein zeugen und die kulturelle Aufgabe des Rundfunks deutlich werden lassen.</p> <p>(7) Sendungen Angebote in niederdeutscher Sprache müssen in angemessenem Umfang und Regelmäßigkeit im Programm und im Gesamtangebot vertreten sein.</p>
<p>§ 4 Angebote</p> <p>(1) Die Anstalt veranstaltet im Hörfunk vier Programme.</p>	<p>§ 4 Angebote</p> <p>(1) Die Anstalt veranstaltet im Hörfunk vier Programme.</p>

<p>(2) Die Anstalt kann ein weiteres Hörfunkprogramm veranstalten, das ausschließlich terrestrisch in digitaler Technik verbreitet werden darf.</p> <p>(3) Darüber hinaus veranstaltet sie dem Gesamtprogrammangebot angemessene, ausschließlich im Internet verbreitete Hörfunkprogramme nach Maßgabe der Vorschriften des Medienstaatsvertrages aus Inhalten aus den in Absatz 1 und 2 aufgeführten Programmen, soweit diese aus dem von der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) anerkannten Bestandsbedarf finanziert werden können. Werbung und Sponsoring finden in den ausschließlich im Internet verbreiteten Programmen nicht statt.</p> <p>(4) Die Anstalt veranstaltet ein Drittes Fernsehprogramm. Darüber hinaus liefert sie Beiträge zu den Gemeinschaftsprogrammen nach dem Medienstaatsvertrag zu.</p> <p>(5) Die Anstalt bietet nach Maßgabe der Vorschriften des Medienstaatsvertrages Telemedien an.</p> <p>(6) Terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme dürfen gegen andere terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme der Anstalt ausgetauscht werden, wenn dadurch insgesamt keine Mehrkosten entstehen und sich die Gesamtzahl der Programme nach § 29 Absatz 2 des Medienstaatsvertrages nicht erhöht. Ein Programm nach Absatz 1 darf nicht durch ein Fremdprogramm ersetzt werden.</p>	<p>(2) Die Anstalt kann ein weiteres Hörfunkprogramm veranstalten, das ausschließlich terrestrisch in digitaler Technik verbreitet werden darf.</p> <p>(3) Darüber hinaus veranstaltet sie dem Gesamtprogrammangebot angemessene, ausschließlich im Internet verbreitete Hörfunkprogramme nach Maßgabe der Vorschriften des Medienstaatsvertrages aus Inhalten aus den in Absatz 1 und 2 aufgeführten Programmen, soweit diese aus dem von der Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) anerkannten Bestandsbedarf finanziert werden können. Werbung und Sponsoring finden in den ausschließlich im Internet verbreiteten Programmen nicht statt.</p> <p>(4) Die Anstalt veranstaltet ein Drittes Fernsehprogramm. Darüber hinaus liefert sie Beiträge zu den Gemeinschaftsprogrammen nach dem Medienstaatsvertrag und dem ARD-Staatsvertrag zu. Soweit sie in ihren Telemedienangeboten Empfehlungssysteme nutzt oder anbietet, sollen die Empfehlungssysteme einen offenen Meinungsbildungsprozess und breiten inhaltlichen Diskurs ermöglichen. Diese Empfehlungssysteme müssen dem öffentlich-rechtlichen Angebotsprofil entsprechen.</p> <p>(5) Die Anstalt bietet nach Maßgabe der Vorschriften des Medienstaatsvertrages Telemedien an.</p> <p>(6) Terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme dürfen gegen andere terrestrisch verbreitete Hörfunkprogramme der Anstalt ausgetauscht werden, wenn dadurch insgesamt keine Mehrkosten entstehen und sich die Gesamtzahl der Programme nach § 29 Absatz 2 des Medienstaatsvertrages nicht erhöht. Ein Programm nach Absatz 1 darf nicht durch ein Fremdprogramm ersetzt werden.</p>
<p>§ 5 Unzulässige Sendungen, Jugendschutz</p> <p>(1) Die für Radio Bremen geltenden Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages finden Anwendung.</p> <p>(2) Zuständiges Organ im Sinne des § 8 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ist die Intendantin oder der Intendant. Der Rundfunkrat ist</p>	<p>§ 5 Unzulässige Sendungen Angebote, Jugendschutz</p> <p>(1) Die für Radio Bremen geltenden Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages finden Anwendung.</p> <p>(2) Zuständiges Organ im Sinne des § 8 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages ist die Intendantin oder der Intendant. Der Rundfunkrat ist</p>

<p>zuständiges Organ im Sinne des § 9 Absatz 1 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Die Intendantin oder der Intendant beruft eine Person zur oder zum Beauftragten für den Jugendschutz.</p> <p>(4) Die oder der Beauftragte für den Jugendschutz erstattet dem Rundfunkrat jährlich einen Bericht.</p>	<p>zuständiges Organ im Sinne des § 9 Absatz 1 des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages.</p> <p>(3) Die Intendantin oder der Intendant beruft eine Person zur oder zum Beauftragten für den Jugendschutz.</p> <p>(4) Die oder der Beauftragte für den Jugendschutz erstattet dem Rundfunkrat jährlich einen Bericht.</p>
<p>§ 6 Aufzeichnungspflicht, Beweissicherung</p> <p>(1) Alle Sendungen des Hörfunks und Fernsehens sind vollständig aufzuzeichnen und aufzubewahren. Bei Sendungen, die unter Verwendung einer Aufzeichnung oder eines Films verbreitet werden, kann abweichend von Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.</p> <p>(2) Die Pflichten nach Absatz 1 enden zwei Monate nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, enden die Pflichten nach Absatz 1 erst, wenn die Beanstandungen durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, durch gerichtlichen Vergleich oder auf andere Weise erledigt sind.</p> <p>(3) Soweit die Anstalt Fernsehtext veranstaltet, stellt sie in geeigneter Weise sicher, dass berechtigten Interessen Dritter auf Beweissicherung angemessen Rechnung getragen wird. Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Jedes ordentliche Mitglied des Rundfunkrats hat das Recht, die Aufbewahrung einer Aufzeichnung oder eines Films über die Frist des Absatzes 2 hinaus bis zur nächsten Rundfunkratssitzung zu verlangen. Der Rundfunkrat entscheidet auf Antrag eines ordentlichen Mitglieds über die weitere Verlängerung der Aufbewahrungsfrist.</p> <p>(5) Der Rundfunkrat und die Rechtsaufsicht können innerhalb der Fristen nach Absatz 2 und Absatz 4 Aufzeichnungen und Filme jederzeit kostenlos einsehen. Auf Verlangen sind Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>	<p>§ 6 Aufzeichnungspflicht, Beweissicherung</p> <p>(1) Alle Sendungen des Hörfunks und Fernsehens sind vollständig aufzuzeichnen und aufzubewahren. Bei Sendungen, die unter Verwendung einer Aufzeichnung oder eines Films verbreitet werden, kann abweichend von Satz 1 die Aufzeichnung oder der Film aufbewahrt oder die Wiederbeschaffung sichergestellt werden.</p> <p>(2) Die Pflichten nach Absatz 1 enden zwei-drei Monate nach dem Tag der Verbreitung. Wird innerhalb dieser Frist eine Sendung beanstandet, enden die Pflichten nach Absatz 1 erst, wenn die Beanstandungen durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen, durch gerichtlichen Vergleich oder auf andere Weise erledigt sind.</p> <p>(3) Soweit die Anstalt Telemedien anbietet oder Fernsehtext veranstaltet, stellt sie in geeigneter Weise sicher, dass berechtigten Interessen Dritter auf Beweissicherung angemessen Rechnung getragen wird. Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Jedes ordentliche Mitglied des Rundfunkrats hat das Recht, die Aufbewahrung einer Aufzeichnung oder eines Films über die Frist des Absatzes 2 hinaus bis zur nächsten Rundfunkratssitzung zu verlangen. Der Rundfunkrat entscheidet auf Antrag eines ordentlichen Mitglieds über die weitere Verlängerung der Aufbewahrungsfrist.</p> <p>(5) Der Rundfunkrat und die Rechtsaufsicht können innerhalb der Fristen nach Absatz 2 und Absatz 4 Aufzeichnungen und Filme jederzeit kostenlos einsehen. Auf Verlangen sind Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>

<p>(6) Wer schriftlich oder elektronisch glaubhaft macht, durch eine Sendung in seinen Rechten berührt zu sein, kann innerhalb der Fristen nach Absatz 2 Einsicht in die Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihr oder ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>	<p>(6) Wer schriftlich oder elektronisch mindestens in Textform glaubhaft macht, durch eine Sendung in seinen Rechten berührt zu sein, kann innerhalb der Fristen nach Absatz 2 Einsicht in die Aufzeichnungen und Filme verlangen. Auf Antrag sind ihr oder ihm gegen Erstattung der Selbstkosten Ausfertigungen, Abzüge oder Abschriften von der Aufzeichnung oder dem Film zu übersenden.</p>
<p>§ 7 Verantwortung</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant und die Direktorinnen oder Direktoren tragen die Verantwortung für Inhalt und Gestaltung der Sendungen nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze und der besonderen Vorschriften dieses Gesetzes, insbesondere nach § 19 Absatz 1 bis 3.</p> <p>(2) Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen nach § 28 ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit zugewilligt worden ist.</p> <p>(3) Die Verantwortlichkeit anderer Personen, insbesondere des Verfassers, Herstellers oder Gestalters eines Beitrags, bleibt unberührt.</p>	<p>§ 7 Verantwortung</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant und die Direktorinnen oder Direktoren tragen die Verantwortung für Inhalt und Gestaltung der Sendungen Angebote nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze und der besonderen Vorschriften dieses Gesetzes, insbesondere nach § 19 20 Absatz 1 bis 3.</p> <p>(2) Für Inhalt und Gestaltung der Sendungen Angebote nach § 28 289 ist derjenige verantwortlich, dem die Sendezeit zugewilligt worden ist.</p> <p>(3) Die Verantwortlichkeit anderer Personen, insbesondere des Verfassers, Herstellers oder Gestalters eines Beitrags, bleibt unberührt.</p>
<p>Abschnitt 2 Die Organe der Anstalt</p>	
<p>§ 8 Organe</p> <p>Die Organe der Anstalt sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Rundfunkrat, 2. der Verwaltungsrat, 3. die Intendantin oder der Intendant und 4. das Direktorium. 	<p>§ 8 Organe</p> <p>(1) Die Organe der Anstalt sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Rundfunkrat, 2. der Verwaltungsrat, 3. die Intendantin oder der Intendant und 4. das Direktorium. <p>(2) Rundfunkrat und Verwaltungsrat müssen in der Lage sein, die ihnen jeweils zugewiesenen Aufgaben umfassend zu erfüllen. Hierbei ist insbesondere sicherzustellen, dass ein gemeinsames Gremienbüro eingerichtet wird, das angemessen mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gremienbüros sind</p>

	<p>in ihrer Tätigkeit fachlich nur den Weisungen der Gremiovorsitzenden des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates unterworfen. Die Anstalt darf das arbeitsrechtliche Direktionsrecht sowie personelle Einzelmaßnahmen in Bezug auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gremienbüros nur im Einvernehmen mit den Gremiovorsitzenden des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates ausüben. § 22 und § 23 bleiben unberührt.</p>
<p>§ 9 Aufgaben des Rundfunkrats</p> <p>(1) Die Mitglieder des Rundfunkrats vertreten die Interessen der Allgemeinheit im Hinblick auf die Anstalt. Der Rundfunkrat trägt der Vielfalt der Meinungen in der Bevölkerung Rechnung. Er wacht darüber, dass die Anstalt ihre Aufgaben gemäß den gesetzlichen Vorschriften, Satzungen, Richtlinien und Selbstverpflichtungen erfüllt und übt die ihm hierzu eingeräumten Kontrollrechte aus. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden. Eine Kontrolle einzelner Angebote vor ihrer Ausstrahlung oder Veröffentlichung ist nicht zulässig.</p> <p>(2) Der Rundfunkrat berät und beschließt über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Anstalt. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erlass und Änderung von Satzungen, 2. Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten, 3. Wahl und Abberufung der Direktorinnen oder Direktoren, 4. Wahl von sechs Mitgliedern des Verwaltungsrats, 5. Überwachung der Einhaltung der Vorschriften in §§ 2, 3 und 4, 6. Genehmigung des Wirtschaftsplanes, des Jahresabschlusses und des Vorschlags zur Verwendung des etwa vorhandenen Überschusses auf Vorschlag des Verwaltungsrats, 7. Entlastung des Verwaltungsrats, 8. Entlastung der Intendantin oder des Intendanten und der Direktorinnen oder Direktoren, 	<p>§ 9 Aufgaben des Rundfunkrats</p> <p>(1) Die Mitglieder des Rundfunkrats vertreten die Interessen der Allgemeinheit im Hinblick auf die Anstalt. Der Rundfunkrat trägt der Vielfalt der Meinungen in der Bevölkerung Rechnung. Er wacht darüber, dass die Anstalt ihre Aufgaben gemäß den gesetzlichen Vorschriften, Satzungen, Richtlinien und Selbstverpflichtungen erfüllt und übt die ihm hierzu eingeräumten Kontrollrechte aus. Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden. Eine Kontrolle einzelner Angebote vor ihrer Ausstrahlung oder Veröffentlichung ist nicht zulässig.</p> <p>(2) Der Rundfunkrat berät und beschließt über alle Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Anstalt. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erlass und Änderung von Satzungen, 2. Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten, 3. Wahl und Abberufung der Direktorinnen oder Direktoren, 4. Wahl von sechs Mitgliedern des Verwaltungsrats, 5. Überwachung der Einhaltung der Vorschriften in §§ 2, 3 und 4, 6. Genehmigung des Wirtschaftsplanes, des Jahresabschlusses und des Vorschlags zur Verwendung des etwa vorhandenen Überschusses auf Vorschlag des Verwaltungsrats, 7. Entlastung des Verwaltungsrats, 8. Entlastung der Intendantin oder des Intendanten und der Direktorinnen oder Direktoren,

9. Entscheidung über Programmbeschwerden nach § 26 Absatz 4,
10. Kenntnisnahme von neu abgeschlossenen oder geänderten Tarifverträgen,
11. die Durchführung des Verfahrens nach § 32 des Medienstaatsvertrages und
12. Erlass von Richtlinien nach § 31 und § 45 des Medienstaatsvertrages.

(3) Der Rundfunkrat berät die Intendantin oder den Intendanten in allen Programmangelegenheiten und wirkt auf die Erfüllung des Programmauftrages hin.

(4) Entscheidungen der Intendantin oder des Intendanten, die von grundsätzlicher Bedeutung für das Programm oder die Entwicklung der Anstalt sind, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rundfunkrates. Hierzu gehören insbesondere

1. Entscheidungen über die Übernahme von Verpflichtungen aus dem Haushalt der Anstalt im Wert von mehr als einer Million Euro bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von einzelnen Programmbeiträgen oder von mehr als zwei Millionen Euro bei Programmteilen, die aus mehreren Beiträgen bestehen,
2. Kooperationsverträge von grundsätzlicher Bedeutung für das Programm, den Haushalt oder die Personalwirtschaft der Anstalt.

(5) Der Rundfunkrat ist zur Erfüllung seiner Aufgaben berechtigt, Expertisen und Gutachten in Auftrag zu geben oder besondere Sachverständige hinzuzuziehen. Er ist berechtigt, von der Intendantin oder dem Intendanten und vom Verwaltungsrat die erforderlichen Auskünfte zu verlangen und

9. Entscheidung über Programmbeschwerden nach § 267 Absatz 4,
10. Kenntnisnahme von neu abgeschlossenen oder geänderten Tarifverträgen,
11. die Durchführung des Verfahrens nach § 32 des Medienstaatsvertrages, ~~und~~
12. Erlass von Richtlinien nach § 31 und § 45 des Medienstaatsvertrages ~~und~~

13. Entscheidung über Einstellung, Überführung und Austausch von Programmen nach § 32a des Medienstaatsvertrages.

(3) Der Rundfunkrat berät die Intendantin oder den Intendanten in allen Programmangelegenheiten und wirkt auf die Erfüllung des Programmauftrages hin.

(4) Die Anstalt berichtet dem Rundfunkrat alle vier Jahre über die Entwicklung ihrer Telemedienangebote und geht darin auf die sich aus dem Medienstaatsvertrag ergebenden Anforderungen und insbesondere auf die Vorgaben in § 2 Absatz 3 Satz 5 ein.

(5) Entscheidungen der Intendantin oder des Intendanten, die von grundsätzlicher Bedeutung für das Programm oder die Entwicklung der Anstalt sind, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rundfunkrates. Hierzu gehören insbesondere

1. Entscheidungen über die Übernahme von Verpflichtungen aus dem Haushalt der Anstalt im Wert von mehr als einer Million Euro bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von einzelnen Programmbeiträgen oder von mehr als zwei Millionen Euro bei Programmteilen, die aus mehreren Beiträgen bestehen,
2. Kooperationsverträge von ~~grundsätzlicher~~ wesentlicher Bedeutung für das Programm, den Haushalt oder die Personalwirtschaft der Anstalt.

(6) Der Rundfunkrat ist zur Erfüllung seiner Aufgaben berechtigt, Expertisen und Gutachten in Auftrag zu geben oder besondere Sachverständige hinzuzuziehen. Er ist berechtigt, von der Intendantin oder dem Intendanten und vom Verwaltungsrat die erforderlichen Auskünfte zu verlangen und

<p>Einsicht in die Unterlagen der Anstalt zu nehmen. Die anderen Organe der Anstalt unterstützen die Arbeit des Rundfunkrats nach Maßgabe der Satzung.</p> <p>(6) Mitglieder im Sinne der §§ 9 bis 13 und 24 Absatz 2 dieses Gesetzes sind ordentliche und stellvertretende Mitglieder des Rundfunkrats.</p>	<p>Einsicht in die Unterlagen der Anstalt zu nehmen. Die anderen Organe der Anstalt unterstützen die Arbeit des Rundfunkrats nach Maßgabe der Satzung.</p> <p>(7) Mitglieder im Sinne der §§ 9 bis 13 und 245 Absatz 2 dieses Gesetzes sind ordentliche und stellvertretende Mitglieder des Rundfunkrats.</p>
<p>§ 10 Zusammensetzung des Rundfunkrats</p> <p>(1) Der Rundfunkrat besteht aus folgenden ordentlichen Mitgliedern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eins des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Bremen-Elbe-Weser, 2. eins der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V., 3. eins der Arbeitnehmerkammer Bremen, 4. eins der Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven oder eins der Handwerkskammer Bremen in turnusmäßigem Wechsel, 5. eins der Bremischen Evangelischen Kirche, 6. eins der Katholischen Kirche, 7. eins der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen, 8. eins der im Land Bremen lebenden Musliminnen und Muslime, 9. eins der im Land Bremen lebenden Alevitinnen und Aleviten, 10. eins des Bremer Jugendrings, 11. eins des Landessportbundes Bremen e.V., 12. eins der Frauenorganisationen im Lande Bremen, gewählt durch den Bremer Frauenausschuss e.V., Landesfrauenrat Bremen, 13. eins des Gesamtverbands Natur- und Umweltschutz Unterweser e.V. - GNUU - oder eins des Verbraucherzentrale Bremen e.V. in turnusmäßigem Wechsel, 14. eins des Landesmusikrates Bremen e.V., 	<p>§ 10 Zusammensetzung des Rundfunkrats</p> <p>(1) Der Rundfunkrat besteht aus folgenden ordentlichen Mitgliedern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eins des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Bremen-Elbe-Weser, 2. eins der Unternehmensverbände im Lande Bremen e.V., 3. eins der Arbeitnehmerkammer Bremen, 4. eins der Handelskammer Bremen - IHK für Bremen und Bremerhaven oder eins der Handwerkskammer Bremen in turnusmäßigem Wechsel, 5. eins der Bremischen Evangelischen Kirche, 6. eins der Katholischen Kirche, 7. eins der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen, 8. eins der im Land Bremen lebenden Musliminnen und Muslime, 9. eins der im Land Bremen lebenden Alevitinnen und Aleviten, 10. eins des Bremer Jugendrings, 11. eins des Landessportbundes Bremen e.V., 12. eins der Frauenorganisationen im Lande Bremen, gewählt durch den Bremer Frauenausschuss e.V., Landesfrauenrat Bremen, 13. eins des Gesamtverbands Natur- und Umweltschutz Unterweser e.V. - GNUU - oder eins des Verbraucherzentrale Bremen e.V. in turnusmäßigem Wechsel, 14. eins des Landesmusikrates Bremen e.V.,

<p>15. eins der Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) Landesfachgruppe Niedersachsen/Bremen oder eins des Deutschen Journalisten-Verbandes Bremen e.V. (DJV) in turnusmäßigem Wechsel,</p> <p>16. eins der Landesseniorenvertretung im Lande Bremen,</p> <p>17. eins mit Migrationshintergrund, das vom Bremer Rat für Integration gewählt wird,</p> <p>18. vier, die gesellschaftlich relevante Gruppen vertreten und besondere Kenntnisse in folgenden Bereichen haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsprüfung, Betriebswirtschaft und Unternehmensberatung - Medienwirtschaft und Medientechnik - Medienwissenschaft und Medienpädagogik - Journalistik und Publizistik - Kultur, insbesondere der bildenden Künste und Musik, <p>19. eins des Bundesraats für Nedderdüütsch,</p> <p>20. eins der Stadtgemeinde Bremen, gewählt vom Senat der Freien Hansestadt Bremen,</p> <p>21. eins der Stadtgemeinde Bremerhaven, gewählt vom Magistrat der Stadt Bremerhaven und</p> <p>22. je eins von den politischen Parteien und Wählervereinigungen, die in dem durch Satzung der Anstalt bezeichneten Zeitpunkt über die Aufforderung der in Satz 1 genannten Organisationen zur Wahl oder Benennung ihrer Vertreterinnen oder Vertreter in Fraktionsstärke gemäß § 36 des Bremischen Abgeordnetengesetzes in Verbindung mit der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vertreten sind, wobei insgesamt nicht mehr als zehn Mitglieder entsandt werden dürfen, und deren Reihenfolge sich nach der Anzahl der Sitze in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) richtet,</p> <p>23. eins des Lesben- und Schwulenverbands Niedersachsen-Bremen e.V. aus dem Land Bremen,</p>	<p>15. eins der Deutschen Journalistinnen und Journalisten-Union (dju) Landesfachgruppe Niedersachsen/Bremen oder eins des Deutschen Journalisten-Verbandes Bremen e.V. (DJV) in turnusmäßigem Wechsel,</p> <p>16. eins der Landesseniorenvertretung im Lande Bremen,</p> <p>17. eins mit Migrationshintergrund, das vom Bremer Rat für Integration gewählt wird,</p> <p>18. vier, die gesellschaftlich relevante Gruppen vertreten und besondere Kenntnisse in folgenden Bereichen haben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wirtschaftsprüfung, Betriebswirtschaft und Unternehmensberatung - Medienwirtschaft und Medientechnik - Medienwissenschaft und Medienpädagogik - Journalistik und Publizistik - Kultur, insbesondere der bildenden Künste und Musik, <p>19. eins des Bundesraats für Nedderdüütsch,</p> <p>20. eins der Stadtgemeinde Bremen, gewählt vom Senat der Freien Hansestadt Bremen,</p> <p>21. eins der Stadtgemeinde Bremerhaven, gewählt vom Magistrat der Stadt Bremerhaven und</p> <p>22. je eins von den politischen Parteien und Wählervereinigungen, die in dem durch Satzung der Anstalt bezeichneten Zeitpunkt über die Aufforderung der in Satz 4 den Nummern 1 bis 21 und Nummern 23 bis 25 genannten Organisationen zur Wahl oder Benennung ihrer Vertreterinnen oder Vertreter in Fraktionsstärke gemäß § 36 des Bremischen Abgeordnetengesetzes in Verbindung mit der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vertreten sind, wobei insgesamt nicht mehr als zehn Mitglieder entsandt werden dürfen, und deren Reihenfolge sich nach der Anzahl der Sitze in der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) richtet,</p>
--	--

<p>24. eins der Humanistischen Union e.V. aus dem Land Bremen, 25. eins des Landesteilhabebeirats.</p> <p>Aus der Anzahl der ordentlichen Mitglieder nach Satz 1 ergibt sich die Gesamtzahl der Stimmen des Rundfunkrats.</p> <p>(2) Für jedes ordentliche Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu benennen, das nur bei Verhinderung des ordentlichen Mitglieds stimmberechtigt an den Sitzungen des Rundfunkrats teilnimmt. Die stellvertretenden Mitglieder werden in gleicher Weise wie die ordentlichen Mitglieder durch die Anstalt informiert.</p> <p>(3) Solange und soweit die ordentlichen Mitglieder in den Rundfunkrat nicht entsandt werden, verringert sich die Mitgliederzahl entsprechend.</p> <p>(4) Kein Mitglied des Rundfunkrates darf als Inhaber oder Inhaberin, Gesellschafter oder Gesellschafterin oder Vertreter oder Vertreterin eines Unternehmens unmittelbar oder mittelbar mit Radio Bremen für eigene oder fremde Rechnung Rechtsgeschäfte abschließen. Dies gilt auch für Unternehmen gemeinnütziger Art.</p> <p>(5) Die Regelungen zur Zusammensetzung des Rundfunkrates gemäß Absatz 1 sollen jeweils nach Ablauf von höchstens zwei Amtsperioden überprüft werden.</p>	<p>23. eins des Lesben- und Schwulenverbands Niedersachsen-Bremen e.V. aus dem Land Bremen, 24. eins der Humanistischen Union e.V. aus dem Land Bremen, 25. eins des Landesteilhabebeirats.</p> <p>Aus der Anzahl der ordentlichen Mitglieder nach Satz 1 ergibt sich die Gesamtzahl der Stimmen des Rundfunkrats.</p> <p>(2) Für jedes ordentliche Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu benennen, das nur bei Verhinderung des ordentlichen Mitglieds stimmberechtigt an den Sitzungen des Rundfunkrats teilnimmt. Die stellvertretenden Mitglieder werden in gleicher Weise wie die ordentlichen Mitglieder durch die Anstalt informiert.</p> <p>(3) Solange und soweit die ordentlichen Mitglieder in den Rundfunkrat nicht entsandt werden, verringert sich die Mitgliederzahl entsprechend.</p> <p>(4) Kein Mitglied des Rundfunkrates darf als Inhaber oder Inhaberin, Gesellschafter oder Gesellschafterin oder Vertreter oder Vertreterin eines Unternehmens unmittelbar oder mittelbar mit Radio Bremen für eigene oder fremde Rechnung Rechtsgeschäfte abschließen. Dies gilt auch für Unternehmen gemeinnütziger Art.</p> <p>(5) Die Regelungen zur Zusammensetzung des Rundfunkrates gemäß Absatz 1 sollen jeweils nach Ablauf von höchstens zwei Amtsperioden überprüft werden.</p>
<p>§ 11 Mitgliedschaft, persönliche Voraussetzungen</p> <p>(1) Die Mitglieder des Rundfunkrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet wären, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Rundfunkrates zu beeinträchtigen (Interessenkollision).</p>	<p>§ 11 Mitgliedschaft, persönliche Voraussetzungen</p> <p>(1) Die Mitglieder des Rundfunkrates dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet wären, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Rundfunkrates zu beeinträchtigen (Interessenkollision). Die Mitglieder des Rundfunkrates dürfen weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn bei der Entscheidung einer Angelegenheit ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die unparteiische Erfüllung ihrer Aufgaben zu rechtfertigen.</p>

(2) Dem Rundfunkrat dürfen nicht angehören

1. Angehörige der gesetzgebenden oder beschließenden Organe der Europäischen Union, des Europarates, des Bundes oder eines Landes,
2. Mitglieder der Bundesregierung, einer Landesregierung und Bedienstete einer obersten Bundes- oder Landesbehörde sowie politische Beamte und kommunale Wahlbeamte,
3. Mitglieder im Vorstand einer Partei nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes einschließlich der Mitglieder im Vorstand etwaiger Landesverbände, wobei die alleinige Mitgliedschaft in einem Parteischiedsgericht nach § 14 des Parteiengesetzes einer Mitgliedschaft im Rundfunkrat nicht entgegensteht,
4. Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt oder einem Unternehmen, an welchem eine öffentlich-rechtlich Rundfunkanstalt mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist oder einem hierzu verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes stehen,
5. Personen, die den Organen oder Gremien eines anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters angehören,
6. Anbieter von privaten Rundfunkprogrammen und vergleichbaren Telemedien, die an ihnen oder einem hierzu verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes Beteiligten, Personen, die zu ihnen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis stehen sowie Personen, die Organ oder Mitglied eines Organs eines privaten Anbieters sind,
7. Organe einer Landesmedienanstalt, Mitglieder von Organen einer Landesmedienanstalt sowie Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu einer Landesmedienanstalt stehen,
8. Geschäftsunfähige, beschränkt Geschäftsfähige unbeschadet des Absatzes 3 Satz 1, Personen, für die ein Betreuer bestellt ist, oder

(2) Dem Rundfunkrat dürfen nicht angehören

1. Angehörige der gesetzgebenden oder beschließenden Organe der Europäischen Union, des Europarates, des Bundes oder eines Landes,
2. Mitglieder der Bundesregierung, einer Landesregierung und Bedienstete einer obersten Bundes- oder Landesbehörde sowie politische Beamte und kommunale Wahlbeamte,
3. Mitglieder im Vorstand einer Partei nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes einschließlich der Mitglieder im Vorstand etwaiger Landesverbände, wobei die alleinige Mitgliedschaft in einem Parteischiedsgericht nach § 14 des Parteiengesetzes einer Mitgliedschaft im Rundfunkrat nicht entgegensteht,
4. Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt oder einem Unternehmen, an welchem eine öffentlich-rechtlich Rundfunkanstalt mittelbar oder unmittelbar beteiligt ist oder einem hierzu verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes stehen,
5. Personen, die den Organen oder Gremien eines anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters angehören,
6. Anbieter von privaten Rundfunkprogrammen und vergleichbaren Telemedien, die an ihnen oder einem hierzu verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes Beteiligten, Personen, die zu ihnen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis stehen, sowie Personen, die Organ oder Mitglied eines Organs eines privaten Anbieters sind,
7. Organe einer Landesmedienanstalt, Mitglieder von Organen einer Landesmedienanstalt sowie Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu einer Landesmedienanstalt stehen,
8. Geschäftsunfähige, beschränkt Geschäftsfähige unbeschadet des Absatzes 3 Satz 1, Personen, für die ein Betreuer bestellt ist, oder

9. Personen, die die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, durch Richterspruch verloren haben oder das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt haben.

Die Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 18 dürfen darüber hinaus nicht Mitglieder einer Deputation, der Stadtbürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven oder des Magistrats der Stadt Bremerhaven sein. Satz 1 Nummer 1 bis 3 gilt nicht für Mitglieder, die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 in den Rundfunkrat entsandt werden.

(3) Mitglied des Rundfunkrates kann nur sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die Mitglieder des Rundfunkrates sollen ihre Hauptwohnung im Lande Bremen haben.

(4) Der in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 7 genannte Personenkreis kann frühestens 18 Monate nach dem Ausscheiden aus den dort genannten Funktionen als Mitglied in den Rundfunkrat entsandt oder gewählt werden. Für den in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Personenkreis gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

(5) Tritt nachträglich einer der in Absatz 2 genannten Ausschlussgründe oder der Tod des Mitglieds ein, scheidet das betroffene Mitglied des Rundfunkrates aus. Das Vorliegen dieser Gründe gibt die oder der Vorsitzende dem Rundfunkrat bekannt.

(6) Ein Mitglied scheidet auch dann aus dem Rundfunkrat aus, wenn der Rundfunkrat mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder entscheidet, dass eine Interessenkollision nach Absatz 1 eingetreten ist. Bis zur Entscheidung nach Satz 1 behält das Mitglied seine Rechte und Pflichten, es sei denn, der Rundfunkrat beschließt mit einer Mehrheit von

9. Personen, die die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, durch Richterspruch verloren haben oder das Grundrecht der freien Meinungsäußerung nach Artikel 18 des Grundgesetzes verwirkt haben.

Die Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 18 dürfen darüber hinaus nicht Mitglieder einer Deputation, der Stadtbürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven oder des Magistrats der Stadt Bremerhaven sein. Satz 1 Nummer 1 bis 3 gilt nicht für Mitglieder, die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 in den Rundfunkrat entsandt werden

(3) Mitglied des Rundfunkrates kann nur sein, wer das 16. Lebensjahr vollendet hat. Die Mitglieder des Rundfunkrates sollen ihre Hauptwohnung im Lande Bremen haben.

(4) Der in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 7 genannte Personenkreis kann frühestens 18 Monate nach dem Ausscheiden aus den dort genannten Funktionen als Mitglied in den Rundfunkrat entsandt oder gewählt werden. Für den in Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 bis 3 genannten Personenkreis gilt Absatz 2 Satz 3 entsprechend.

(5) Sofern ein Ausschlussgrund gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 bei einem Mitglied des Rundfunkrates eintritt, hat das Mitglied des Rundfunkrates dies dem Rundfunkrat bis zu dessen nächster Sitzung anzuzeigen.

(6) Tritt nachträglich einer der in Absatz 2 genannten Ausschlussgründe oder der Tod des Mitglieds ein, scheidet das betroffene Mitglied des Rundfunkrates aus. Das Vorliegen dieser Gründe gibt die oder der Vorsitzende dem Rundfunkrat bekannt.

(7) Ein Mitglied scheidet auch dann aus dem Rundfunkrat aus, wenn der Rundfunkrat mit der Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder entscheidet, dass eine Interessenkollision nach Absatz 1 eingetreten ist. Bis zur Entscheidung nach Satz 1 behält das Mitglied seine Rechte und Pflichten, es sei denn, der Rundfunkrat beschließt mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder, dass das

<p>mindestens zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder, dass das betroffene Mitglied bis zur Entscheidung nicht an den Arbeiten des Rundfunkrates teilnehmen kann. Von der Beratung und Beschlussfassung im Verfahren nach Satz 1 und 2 ist das betroffene Mitglied ausgeschlossen.</p>	<p>betroffene Mitglied bis zur Entscheidung nicht an den Arbeiten des Rundfunkrates teilnehmen kann. Von der Beratung und Beschlussfassung im Verfahren nach Satz 1 und 2 ist das betroffene Mitglied ausgeschlossen.</p> <p>(8) Die Mitglieder des Rundfunkrates sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Verschwiegenheitspflicht erstreckt sich auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Dritter sowie auf alle sonstigen vertraulichen Angelegenheiten und Tatsachen, die den Mitgliedern während der Ausübung ihrer Rundfunkratstätigkeit bekannt geworden sind. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nach dem Ausscheiden aus dem Rundfunkrat fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht für Angelegenheiten oder Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen.</p>
<p>§ 12 Wahl und Amtszeit der Mitglieder des Rundfunkrats</p> <p>(1) Die in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7, 10 bis 17, 19 und 22 bis 25 aufgeführten Mitglieder werden durch die dort genannten Organisationen gewählt. Dabei soll nach demokratischen Grundsätzen im Rahmen der jeweils geltenden Statuten verfahren werden. Soweit mehrere Organisationen ein gemeinsames Mitglied stellen und ein turnusmäßiger Wechsel vorzunehmen ist, stellt die Organisation das stellvertretende Mitglied, die in der vorangegangenen Amtsperiode das ordentliche Mitglied entsandt hat. Bei Einvernehmen zwischen den jeweiligen Organisationen kann von diesen Regelungen abgewichen werden.</p> <p>(2) Das nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 gewählte Mitglied wird durch übereinstimmende Erklärung der Vorstände nach § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Vereine „SCHURA - Islamische Religionsgemeinschaft Bremen e.V.“, „DITIB - Landesverband der Islamischen Religionsgemeinschaften Niedersachsen und Bremen e.V.“ und des Bremer Mitgliedsvereins des Dachverbandes „VIKZ - Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.“ bestimmt. Eine entsprechende Erklärung gilt auch als abgegeben, wenn neben SCHURA und DITIB die Mehrheit der Mitgliedsvereine des VIKZ der Bestimmung zustimmt.</p>	<p>§ 12 Wahl und Amtszeit der Mitglieder des Rundfunkrats</p> <p>(1) Die in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7, 10 bis 17, 19 und 22 bis 25 aufgeführten Mitglieder werden durch die dort genannten Organisationen gewählt. Dabei soll nach demokratischen Grundsätzen im Rahmen der jeweils geltenden Statuten verfahren werden. Soweit mehrere Organisationen ein gemeinsames Mitglied stellen und ein turnusmäßiger Wechsel vorzunehmen ist, stellt die Organisation das stellvertretende Mitglied, die in der vorangegangenen Amtsperiode das ordentliche Mitglied entsandt hat. Bei Einvernehmen zwischen den jeweiligen Organisationen kann von diesen Regelungen abgewichen werden.</p> <p>(2) Das nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 gewählte Mitglied wird durch übereinstimmende Erklärung der Vorstände nach § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Vereine „SCHURA - Islamische Religionsgemeinschaft Bremen e.V.“, „DITIB - Landesverband der Islamischen Religionsgemeinschaften Niedersachsen und Bremen e.V.“ und des Bremer Mitgliedsvereins des Dachverbandes „VIKZ - Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.“ bestimmt. Eine entsprechende Erklärung gilt auch als abgegeben, wenn neben SCHURA und DITIB die Mehrheit der Mitgliedsvereine des VIKZ der Bestimmung zustimmt.</p>

(3) Das nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gewählte Mitglied wird durch übereinstimmende Erklärung der Vorstände nach § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Vereine „Alevitische Gemeinde in Bremen und Umgebung e.V.“, „Alevitisches Kulturzentrum in Bremen und Umgebung e.V.“ und „Alevitischer Kulturverein in Bremerhaven und Umgebung e.V.“ bestimmt.

(4) Die Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 18 werden von dem für Medien zuständigen Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt.

(5) Die Stellvertreterinnen oder die Stellvertreter werden in gleicher Weise gewählt beziehungsweise von der gleichen Organisation entsandt wie die jeweiligen ordentlichen Mitglieder.

(6) Frauen und Männer sollen bei der Wahl der Mitglieder jeweils zu fünfzig Prozent berücksichtigt werden. Sofern eine Stelle oder Organisation als ordentliches Mitglied einen Mann entsendet, hat sie als stellvertretendes Mitglied eine Frau zu entsenden und umgekehrt. Wurde ein Mann als ordentliches Mitglied entsandt, ist für die folgende Amtsperiode, in welcher diese Stelle oder Organisation erneut ein ordentliches Mitglied entsendet, eine Frau als ordentliches Mitglied zu entsenden und umgekehrt, soweit keine Wiederberufung erfolgt. Die Anforderungen der Sätze 2 und 3 entfallen bei einer Entsendung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12.

(7) Die Amtsperiode des Rundfunkrats beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtsperiode führt der Rundfunkrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Rundfunkrats weiter. Die Wahl der neuen Mitglieder wird frühestens zwei Monate vor Ablauf der Amtsperiode durchgeführt. Die Namen der gewählten Mitglieder und das jeweilige Auswahlgremium sind dem vorsitzführenden Mitglied des Rundfunkrats mitzuteilen. Eine Person darf dem Rundfunkrat maximal für 12 Jahre als Mitglied angehören, unabhängig von etwaigen Unterbrechungen der Mitgliedschaftszeiten.

(8) Scheidet ein Mitglied aus dem Rundfunkrat vorzeitig aus, so ist für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolgemitglied nach den für die Entsendung

(3) Das nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 9 gewählte Mitglied wird durch übereinstimmende Erklärung der Vorstände nach § 26 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Vereine „Alevitische Gemeinde in Bremen und Umgebung e.V.“, „Alevitisches Kulturzentrum in Bremen und Umgebung e.V.“ und „Alevitischer Kulturverein in Bremerhaven und Umgebung e.V.“ bestimmt.

(4) Die Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 18 werden von dem für Medien zuständigen Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt.

(5) Die Stellvertreterinnen oder die Stellvertreter werden in gleicher Weise gewählt beziehungsweise von der gleichen Organisation entsandt wie die jeweiligen ordentlichen Mitglieder.

(6) **Es sollen nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder demselben Geschlecht angehören. Der Anteil von Frauen soll dabei nicht den Anteil von Männern unterschreiten. Entsendet eine Stelle oder Organisation ein ordentliches und stellvertretendes Mitglied, müssen die beiden Mitglieder unterschiedlichen Geschlechtern angehören. Wenn eine Stelle oder Organisation beim Wechsel der Amtsperiode ein neues ordentliches Mitglied entsendet, muss es ein anderes Geschlecht als das zuvor entsandte Mitglied haben.** Die Anforderungen der Sätze 2 und 3 entfallen bei einer Entsendung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12.

(7) Die Amtsperiode des Rundfunkrats beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit **seinem ersten Zusammentritt dem 1. Juni des Jahres, in dem die Amtsperiode des vorherigen Rundfunkrates endet.** Nach Ablauf der Amtsperiode führt der Rundfunkrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Rundfunkrats weiter. Die Wahl der neuen Mitglieder wird frühestens **zwei sechs** Monate vor Ablauf der Amtsperiode durchgeführt. Die Namen der gewählten Mitglieder und das jeweilige Auswahlgremium sind dem vorsitzführenden Mitglied des Rundfunkrats mitzuteilen. Eine Person darf dem Rundfunkrat maximal für 12 Jahre als Mitglied angehören, unabhängig von etwaigen Unterbrechungen der Mitgliedschaftszeiten.

(8) Scheidet ein Mitglied aus dem Rundfunkrat vorzeitig aus, so ist für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolgemitglied nach den für die Entsendung

<p>des ausgeschiedenen Mitglieds geltenden Vorschriften zu wählen. Absatz 6 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.</p> <p>(9) Die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 gewählten Mitglieder können vor Ablauf ihrer Amtszeit von den entsendungsberechtigten Stellen abberufen werden. Dies gilt auch für die übrigen Mitglieder, wenn sie aus der entsendungsberechtigten Stelle oder Organisation ausgeschieden sind.</p>	<p>des ausgeschiedenen Mitglieds geltenden Vorschriften zu wählen. Absatz 6 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.</p> <p>(9) Die nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 gewählten Mitglieder können vor Ablauf ihrer Amtszeit von den entsendungsberechtigten Stellen abberufen werden. Dies gilt auch für die übrigen Mitglieder, wenn sie aus der entsendungsberechtigten Stelle oder Organisation ausgeschieden sind.</p>
<p>§ 13 Arbeitsweise des Rundfunkrats</p> <p>(1) Der Rundfunkrat ist beschlussfähig, wenn die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder mindestens der Hälfte der Stimmen des Rundfunkrates entspricht. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Sofern in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Wahlen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2, 3 und 4 sowie bei Entscheidungen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 8 ist die Mehrheit der Stimmen des Rundfunkrats erforderlich. Bei Abberufungen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und 3 ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Rundfunkrats erforderlich.</p> <p>(2) Der Rundfunkrat wählt für die Amtsperiode aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder ein vorsitzführendes Mitglied und ein Mitglied für dessen Stellvertretung. Das stellvertretende Mitglied vertritt das vorsitzführende Mitglied bei dessen Verhinderung umfassend. Abberufungen sind mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Rundfunkrats zulässig.</p> <p>(3) Das vorsitzführende Mitglied vertritt den Rundfunkrat nach außen und lädt zu den Sitzungen ein.</p> <p>(4) Der Rundfunkrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er bildet Ausschüsse. Der Anteil der Mitglieder gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 soll in den Ausschüssen ein Drittel der Mitglieder nicht übersteigen.</p>	<p>§ 13 Arbeitsweise des Rundfunkrats</p> <p>(1) Der Rundfunkrat ist beschlussfähig, wenn die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder mindestens der Hälfte der Stimmen des Rundfunkrates entspricht. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Sofern in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, werden Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Wahlen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2, 3 und 4 sowie bei Entscheidungen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 und 8 ist die Mehrheit der Stimmen des Rundfunkrats erforderlich. Bei Abberufungen nach § 9 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und 3 ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Rundfunkrats erforderlich.</p> <p>(2) Der Rundfunkrat wählt für die Amtsperiode aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder ein vorsitzführendes Mitglied und ein Mitglied für dessen Stellvertretung. Das stellvertretende Mitglied vertritt das vorsitzführende Mitglied bei dessen Verhinderung umfassend. Abberufungen sind mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Rundfunkrats zulässig.</p> <p>(3) Das vorsitzführende Mitglied vertritt den Rundfunkrat nach außen und lädt zu den Sitzungen ein.</p> <p>(4) Der Rundfunkrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Er bildet Ausschüsse. Der Anteil der Mitglieder gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 20 bis 22 soll in den Ausschüssen ein Drittel der Mitglieder nicht übersteigen.</p>

Entsprechendes gilt für die Gesamtheit der Vorsitzenden des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

(5) Der Rundfunkrat tagt möglichst sechs, mindestens vier Mal jährlich. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der ordentlichen Mitglieder oder auf Antrag der Intendantin oder des Intendanten muss das vorsitzführende Mitglied eine außerordentliche Sitzung einberufen.

(6) Das vorsitzführende Mitglied und seine Stellvertretung sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse, die ordentliche Mitglieder sein müssen, bilden gemeinsam das Präsidium. Es bereitet die Sitzungen des Rundfunkrats vor und erstellt die Tagesordnung. Spätestens zu Beginn eines Jahres stellt das Präsidium die Jahresplanung für die Sitzungen des Rundfunkrats sowie Maßnahmen nach Absatz 10 auf. Insbesondere stellt es sicher, dass Berichte nach § 20 Absatz 2 sowie nach § 5a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages sowie der Jahresabschluss in angemessenem Umfang beraten werden.

(7) Die Sitzungen des Rundfunkrats sind öffentlich. In begründeten Ausnahmefällen kann der Rundfunkrat mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen. Personalangelegenheiten, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes vertraulich sind, sind stets in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Gleiches gilt für Angelegenheiten, in denen die Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Dritter unvermeidlich ist. Die Sitzungen der nach Absatz 4 Satz 2 gebildeten Ausschüsse finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

(8) Das vorsitzführende Mitglied des Verwaltungsrats kann an den Sitzungen teilnehmen und ist auf seinen Wunsch anzuhören. Beratend nehmen an den Sitzungen des Rundfunkrates drei Beschäftigte der Anstalt, die vom Personalrat entsandt werden sowie die Frauenbeauftragte der Anstalt teil. Das Nähere zur Teilnahme der in Satz 2 genannten Personen in Ausschüssen und bei vertraulichen Beratungsgegenständen des Rundfunkrates regelt die Satzung. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Rechtsaufsicht kann ohne Stimmrecht an allen Sitzungen teilnehmen,

Entsprechendes gilt für die Gesamtheit der Vorsitzenden des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

(5) Der Rundfunkrat tagt möglichst sechs, mindestens vier Mal jährlich. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der ordentlichen Mitglieder oder auf Antrag der Intendantin oder des Intendanten muss das vorsitzführende Mitglied eine außerordentliche Sitzung einberufen.

(6) Das vorsitzführende Mitglied und seine Stellvertretung sowie die Vorsitzenden der Ausschüsse, die ordentliche Mitglieder sein müssen, bilden gemeinsam das Präsidium. Es bereitet die Sitzungen des Rundfunkrats vor und erstellt die Tagesordnung. Spätestens zu Beginn eines Jahres stellt das Präsidium die Jahresplanung für die Sitzungen des Rundfunkrats sowie Maßnahmen nach Absatz 10 auf. Insbesondere stellt es sicher, dass Berichte nach § 20 Absatz 2 sowie nach § 5a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages sowie der Jahresabschluss in angemessenem Umfang beraten werden.

(7) Die Sitzungen des Rundfunkrats sind öffentlich. In begründeten Ausnahmefällen kann der Rundfunkrat mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder den Ausschluss der Öffentlichkeit beschließen. Personalangelegenheiten, die aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes vertraulich sind, sind stets in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Gleiches gilt für Angelegenheiten, in denen die Offenlegung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen Dritter unvermeidlich ist. Die Sitzungen der nach Absatz 4 Satz 2 gebildeten Ausschüsse finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

(8) Das vorsitzführende Mitglied des Verwaltungsrats kann an den Sitzungen teilnehmen und ist auf seinen Wunsch anzuhören. Beratend nehmen an den Sitzungen des Rundfunkrates drei Beschäftigte der Anstalt, die vom Personalrat entsandt werden, sowie die Frauenbeauftragte- und Gleichstellungsbeauftragte der Anstalt teil. Das Nähere zur Teilnahme der in Satz 2 genannten Personen in Ausschüssen und bei vertraulichen Beratungsgegenständen des Rundfunkrates regelt die Satzung. Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Rechtsaufsicht kann ohne Stimmrecht an

<p>einschließlich der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Sitzungen oder Sitzungsteile.</p> <p>(9) Die Zusammensetzung und die Tagesordnungen der Sitzungen des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse nach Absatz 4 Satz 2, die Beschlüsse und Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rundfunkrates nebst Anwesenheitslisten sowie die Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen der vorbereitenden Ausschüsse sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen, § 2 Absatz 7 Satz 3 gilt entsprechend. Die Tagesordnungen sind spätestens eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen zu veröffentlichen, die Beschlüsse, Protokolle, Anwesenheitslisten und Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse im Anschluss an die Sitzungen des Rundfunkrates und nach Genehmigung der Protokolle durch den Rundfunkrat.</p> <p>(10) Die Mitglieder des Rundfunkrats nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen zu journalistischen, technischen, betriebswirtschaftlichen und medienrelevanten Themen und zum Datenschutz teil. Sie sollen die konkreten Arbeits- und Sendeabläufe der Anstalt kennenlernen.</p> <p>(11) Das Nähere regelt die Satzung. In der Satzung können auch Fragen des Kostenersatzes und der Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder geregelt werden.</p>	<p>allen Sitzungen teilnehmen, einschließlich der unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindenden Sitzungen oder Sitzungsteile.</p> <p>(9) Die Zusammensetzung und die Tagesordnungen der Sitzungen des Rundfunkrates und seiner Ausschüsse nach Absatz 4 Satz 2, die Beschlüsse und Protokolle der öffentlichen Sitzungen des Rundfunkrates nebst Anwesenheitslisten sowie die Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen der vorbereitenden Ausschüsse sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten leicht auffindbar zu veröffentlichen, § 2 Absatz 7 Satz 3 gilt entsprechend. Die Tagesordnungen sind spätestens eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen zu veröffentlichen, die Beschlüsse, Protokolle, Anwesenheitslisten und Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse im Anschluss an die Sitzungen des Rundfunkrates und nach Genehmigung der Protokolle durch den Rundfunkrat.</p> <p>(10) Die Mitglieder des Rundfunkrats nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen zu journalistischen, technischen, betriebswirtschaftlichen und medienrelevanten Themen und zum Datenschutz teil. Sie sollen die konkreten Arbeits- und Sendeabläufe der Anstalt kennenlernen. Die Anstalt ermöglicht in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Rundfunkrates Fort- und Weiterbildung mit externen Personen.</p> <p>(11) Das Nähere regelt die Satzung. In der Satzung können auch Fragen des Kostenersatzes und der Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder geregelt werden.</p>
<p>§ 14 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verwaltungsrats</p> <p>(1) Der Verwaltungsrat besteht aus neun Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden vom Rundfunkrat gewählt, drei weitere Mitglieder, von denen mindestens eins eine Frau und mindestens eins ein Mann sein soll, von den Beschäftigten der Anstalt. Von den vom Rundfunkrat gewählten Mitgliedern, von denen die Hälfte Frauen und die Hälfte Männer sein sollen, muss jeweils ein Mitglied über</p>	<p>§ 14 Zusammensetzung, Wahl und Amtszeit des Verwaltungsrats</p> <p>(1) Der Verwaltungsrat besteht aus neun Mitgliedern. Sechs Mitglieder werden vom Rundfunkrat gewählt, drei weitere Mitglieder, von denen mindestens eins eine Frau und mindestens eins ein Mann sein soll, von den Beschäftigten der Anstalt. Von den vom Rundfunkrat gewählten Mitgliedern, von denen nicht mehr als die Hälfte demselben Geschlecht angehören darf, muss jeweils ein Mitglied über</p>

<p>1. ein Wirtschaftsprüfungsexamen,</p> <p>2. einen betriebswirtschaftlichen Hochschulabschluss,</p> <p>3. Kenntnisse im Bereich der Personalwirtschaft,</p> <p>4. Kenntnisse auf dem Gebiet der digitalen Medien und der sozialen Netzwerke,</p> <p>5. Kenntnisse im Bereich der Unternehmensberatung,</p> <p>6. die Befähigung zum Richteramt und Erfahrungen bevorzugt auf dem Gebiet des Medienrechts verfügen.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen nicht gleichzeitig dem Rundfunkrat oder dem Direktorium angehören. § 11 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 3 und 5 bis 7, Satz 2, Absatz 3 Satz 2, Absatz 4 Satz 1 und Absätze 5 und 6 gelten mit der Maßgabe entsprechend, dass dem Verwaltungsrat höchstens drei Mitglieder im Sinne von § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 angehören dürfen.</p> <p>(3) Für die Wahl der von den Beschäftigten der Anstalt zu wählenden Mitglieder des Verwaltungsrats können die bei der Anstalt vertretenen Gewerkschaften und der Personalrat Wahlvorschläge machen. Wahlvorschläge der Beschäftigten der Anstalt müssen von mindestens fünf Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben sein. Wahlberechtigt ist, wer nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz das Wahlrecht für den Personalrat besitzt. Die von den Beschäftigten der Anstalt gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats müssen Beschäftigte der Anstalt sein.</p> <p>(4) Der Rundfunkrat wählt die Mitglieder im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 nach Durchführung eines in der Geschäftsordnung zu regelnden Bewerbungsverfahrens. Bewerbungsverfahren und Bewerbungsfristen sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen. Bei der Wahl sind ausschließlich solche Bewerberinnen und</p>	<p>1. ein Wirtschaftsprüfungsexamen,</p> <p>2. ein ein mit einem Mastergrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes betriebswirtschaftliches Hochschulabschlussstudium,</p> <p>3. Kenntnisse im Bereich der Personalwirtschaft,</p> <p>4. Kenntnisse auf dem Gebiet der Medienwirtschaft oder Medienwissenschaft, insbesondere im Bereich der digitalen Medien und der sozialen Netzwerke,</p> <p>5. Kenntnisse im Bereich der Unternehmensberatung,</p> <p>6. die Befähigung zum Richteramt und Erfahrungen bevorzugt auf dem Gebiet des Medienrechts verfügen. Der Anteil von Frauen soll dabei nicht den Anteil von Männern unterschreiten.</p> <p>(2) Die Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen nicht gleichzeitig dem Rundfunkrat oder dem Direktorium angehören. § 11 Absatz 1, Absatz 2 Satz 1 Nummer 2, 3 und 5 bis 7, Satz 2, Absatz 3 Satz 2, Absatz 4 Satz 1 und Absätze 5 und 6 bis 8 gelten mit der Maßgabe entsprechend, dass dem Verwaltungsrat höchstens drei Mitglieder im Sinne von § 11 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 angehören dürfen.</p> <p>(3) Für die Wahl der von den Beschäftigten der Anstalt zu wählenden Mitglieder des Verwaltungsrats können die bei der Anstalt vertretenen Gewerkschaften und der Personalrat Wahlvorschläge machen. Wahlvorschläge der Beschäftigten der Anstalt müssen von mindestens fünf Prozent der Wahlberechtigten unterschrieben sein. Wahlberechtigt ist, wer nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz das Wahlrecht für den Personalrat besitzt. Die von den Beschäftigten der Anstalt gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats müssen Beschäftigte der Anstalt sein.</p> <p>(4) Der Rundfunkrat wählt die Mitglieder im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 nach Durchführung eines in der Geschäftsordnung zu regelnden Bewerbungsverfahrens. Bewerbungsverfahren und Bewerbungsfristen sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen. Bei der Wahl sind ausschließlich solche Bewerberinnen und</p>
---	--

<p>Bewerber zu berücksichtigen, die die erforderlichen Qualifikationen nach Absatz 1 Satz 3 aufweisen.</p> <p>(5) Die Amtsperiode des Verwaltungsrats beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtsperiode führt der Verwaltungsrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Verwaltungsrats weiter.</p> <p>(6) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Verwaltungsrat aus, so ist für den Rest seiner Amtszeit nach den für die Entsendung des ausgeschiedenen Mitglieds geltenden Vorschriften ein Nachfolgemitglied zu wählen.</p>	<p>Bewerber zu berücksichtigen, die die erforderlichen Qualifikationen nach Absatz 1 Satz 3 aufweisen.</p> <p>(5) Die Amtsperiode des Verwaltungsrats beträgt vier Jahre. Sie beginnt mit seinem ersten Zusammentritt. Nach Ablauf der Amtsperiode führt der Verwaltungsrat die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neuen Verwaltungsrats weiter.</p> <p>(6) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus dem Verwaltungsrat aus, so ist für den Rest seiner Amtszeit nach den für die Entsendung des ausgeschiedenen Mitglieds geltenden Vorschriften ein Nachfolgemitglied zu wählen.</p>
<p>§ 15 Aufgaben des Verwaltungsrats</p> <p>(1) Der Verwaltungsrat überwacht und berät die Intendantin oder den Intendanten und die Direktorinnen oder Direktoren in der gesamten Geschäftsführung.</p> <p>(2) Folgende Rechtsgeschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einstellung und Kündigung der Beschäftigten, deren Vergütung über der höchsten Gehaltsgruppe des für die Anstalt geltenden Tarifvertrages liegt, 2. Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie Änderungen von Gesellschaftsverträgen und Kapitalanteilen bei Beteiligungen nach § 41 des Medienstaatsvertrages, 3. Beschaffungen und Abschlüsse von Verträgen, soweit der Gegenstand im Einzelfall 100 000 Euro übersteigt und es sich nicht um Verträge über die Herstellung und Lieferung von Programmteilen handelt. Bei Verträgen über die Herstellung und Lieferung von Programmteilen über 200 000 Euro soll der Verwaltungsrat vor Abschluss der Verträge unterrichtet werden, 4. die Aufnahme kommerzieller Tätigkeiten nach § 40 Absatz 1 Satz 2 des Medienstaatsvertrages. <p>(3) Änderungen der organisatorischen Struktur des Hauses bedürfen der Genehmigung des Verwaltungsrats.</p>	<p>§ 15 Aufgaben des Verwaltungsrats</p> <p>(1) Der Verwaltungsrat überwacht und berät die Intendantin oder den Intendanten und die Direktorinnen oder Direktoren in der gesamten Geschäftsführung.</p> <p>(2) Folgende Rechtsgeschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrats:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einstellung und Kündigung der Beschäftigten, deren Vergütung über der höchsten Gehaltsgruppe des für die Anstalt geltenden Tarifvertrages liegt, 2. Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen sowie wesentliche Änderungen von Gesellschaftsverträgen und Kapitalanteilen bei Beteiligungen nach § 41 des Medienstaatsvertrages, 3. Beschaffungen und Abschlüsse von Verträgen, soweit der Gegenstand im Einzelfall 100 000 Euro übersteigt und es sich nicht um Verträge über die Herstellung und Lieferung von Programmteilen handelt. Bei Verträgen über die Herstellung und Lieferung von Programmteilen über 200 000 Euro soll der Verwaltungsrat vor Abschluss der Verträge unterrichtet werden, 4. die Aufnahme kommerzieller Tätigkeiten nach § 40 Absatz 1 Satz 2 des Medienstaatsvertrages. <p>(3) Änderungen der organisatorischen Struktur des Hauses bedürfen der Genehmigung des Verwaltungsrats.</p>

(4) Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat insbesondere die folgenden Aufgaben:

1. die Dienstverträge mit der Intendantin oder dem Intendanten abzuschließen,
2. die von der Intendantin oder dem Intendanten vorgeschlagenen Dienstverträge mit den Direktorinnen oder Direktoren abzuschließen,
3. den von der Intendantin oder dem Intendanten vorgelegten Wirtschaftsplan, Jahresabschluss sowie Vorschlag zur Verwendung eines etwa entstehenden Überschusses zu prüfen und dem Rundfunkrat mit einer schriftlichen Stellungnahme zuzuleiten,
4. eine Finanzordnung zu erlassen, die auch Regelungen zur Aufnahme von Krediten und zur Übernahme von fremden Verbindlichkeiten, soweit dies rechtlich zulässig ist, enthält.

Der Verwaltungsrat ist das zuständige Aufsichtsgremium nach § 42 und § 43 des Medienstaatsvertrages. Er überwacht die Einhaltung der Vorschriften der § 40 bis § 44 des Medienstaatsvertrages.

(5) Alle unmittelbar die Angebote der Anstalt betreffenden Angelegenheiten gehören mit Ausnahme der in Absatz 2 bis 4 genannten Fragen nicht zu den Aufgaben des Verwaltungsrats.

(6) Der Verwaltungsrat vertritt die Anstalt bei Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten gegenüber der Intendantin oder dem Intendanten.

(7) Der Verwaltungsrat ist zur Erfüllung seiner Aufgaben berechtigt, Expertisen und Gutachten in Auftrag zu geben oder besondere Sachverständige hinzuzuziehen. Er ist berechtigt, von der Intendantin oder dem Intendanten die erforderlichen Auskünfte zu verlangen und Einsicht in die Unterlagen der Anstalt zu nehmen.

(4) Darüber hinaus hat der Verwaltungsrat insbesondere die folgenden Aufgaben:

1. die Dienstverträge mit der Intendantin oder dem Intendanten abzuschließen,
2. die von der Intendantin oder dem Intendanten vorgeschlagenen Dienstverträge mit den Direktorinnen oder Direktoren abzuschließen,
3. den von der Intendantin oder dem Intendanten vorgelegten Wirtschaftsplan, Jahresabschluss sowie Vorschlag zur Verwendung eines etwa entstehenden Überschusses zu prüfen und dem Rundfunkrat mit einer schriftlichen Stellungnahme zuzuleiten,
4. eine Finanzordnung zu erlassen, die auch Regelungen zur Aufnahme von Krediten und zur Übernahme von fremden Verbindlichkeiten, soweit dies rechtlich zulässig ist, enthält-,

5. Mitwirkung an der Erarbeitung der Maßstäbe gemäß § 31 Absatz 5 des Medienstaatsvertrages und

6. Überwachung der Einhaltung der Compliancegrundsätze sowie der Grundsätze der guten Unternehmensführung gemäß § 17.

Der Verwaltungsrat ist das zuständige Aufsichtsgremium nach § 42 und § 43 des Medienstaatsvertrages. Er überwacht die Einhaltung der Vorschriften der § 40 bis § 44 des Medienstaatsvertrages.

(5) Alle unmittelbar die Angebote der Anstalt betreffenden Angelegenheiten gehören mit Ausnahme der in Absatz 2 bis 4 genannten Fragen nicht zu den Aufgaben des Verwaltungsrats.

(6) Der Verwaltungsrat vertritt die Anstalt bei Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten gegenüber der Intendantin oder dem Intendanten.

(7) Der Verwaltungsrat ist zur Erfüllung seiner Aufgaben berechtigt, Expertisen und Gutachten in Auftrag zu geben oder besondere Sachverständige hinzuzuziehen. Er ist berechtigt, von der Intendantin oder dem Intendanten die erforderlichen Auskünfte zu verlangen und Einsicht in die Unterlagen der Anstalt zu nehmen.

§ 16 Arbeitsweise des Verwaltungsrats

(1) Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) Der Verwaltungsrat tagt in nichtöffentlicher Sitzung. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme. Die Beschlüsse werden, sofern in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder gefasst. Sofern eine Beschlussfassung wegen fehlender Beschlussfähigkeit nicht erfolgen kann, kann das vorsitzführende Mitglied zu einer erneuten Sitzung mit gleicher Tagesordnung einladen, die innerhalb von drei Wochen nach der ersten Sitzung erfolgen muss. In dieser zweiten Sitzung werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst, sofern in der Einladung auf diese Folge hingewiesen wurde.

(3) Der Verwaltungsrat wählt ein vorsitzführendes Mitglied und ein Mitglied für dessen Stellvertretung. Das vorsitzführende Mitglied muss ein vom Rundfunkrat gewähltes Mitglied, die Stellvertretung ein von den Beschäftigten der Anstalt gewähltes Mitglied sein. Das stellvertretende Mitglied vertritt das vorsitzführende Mitglied bei dessen Verhinderung umfassend.

(4) Der Verwaltungsrat soll mindestens jeden zweiten Monat zusammentreten. Er ist darüber hinaus einzuberufen, wenn drei seiner Mitglieder oder die Intendantin oder der Intendant dies beantragen.

(5) Das vorsitzführende Mitglied des Rundfunkrats kann an den Sitzungen teilnehmen und ist auf seinen Wunsch anzuhören.

(6) Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Tagesordnungen der Sitzungen, die Anwesenheitslisten, die gefassten Beschlüsse sowie die Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen, § 2 Absatz 7 Satz 3 gilt entsprechend. Die Tagesordnungen

§ 16 Arbeitsweise des Verwaltungsrats

(1) Die Mitglieder des Verwaltungsrats sind ehrenamtlich tätig und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) Der Verwaltungsrat tagt in nichtöffentlicher Sitzung. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Jedes Mitglied des Verwaltungsrates hat eine Stimme. Die Beschlüsse werden, sofern in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder gefasst. Sofern eine Beschlussfassung wegen fehlender Beschlussfähigkeit nicht erfolgen kann, kann das vorsitzführende Mitglied zu einer erneuten Sitzung mit gleicher Tagesordnung einladen, die innerhalb von drei Wochen nach der ersten Sitzung erfolgen muss. In dieser zweiten Sitzung werden die Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gefasst, sofern in der Einladung auf diese Folge hingewiesen wurde.

(3) Der Verwaltungsrat wählt ein vorsitzführendes Mitglied und ein Mitglied für dessen Stellvertretung. Das vorsitzführende Mitglied muss ein vom Rundfunkrat gewähltes Mitglied, die Stellvertretung ein von den Beschäftigten der Anstalt gewähltes Mitglied sein. Das stellvertretende Mitglied vertritt das vorsitzführende Mitglied bei dessen Verhinderung umfassend.

(4) Der Verwaltungsrat soll mindestens jeden zweiten Monat zusammentreten. Er ist darüber hinaus einzuberufen, wenn drei seiner Mitglieder oder die Intendantin oder der Intendant dies beantragen.

(5) Das vorsitzführende Mitglied des Rundfunkrats kann an den Sitzungen teilnehmen und ist auf seinen Wunsch anzuhören. **Eine Vertreterin oder ein Vertreter der Rechtsaufsicht kann ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen.**

(6) Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates, die Tagesordnungen der Sitzungen, die Anwesenheitslisten, die gefassten Beschlüsse sowie die Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen sind durch die Anstalt in geeigneter Form auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen, § 2 Absatz 7 Satz 3 gilt entsprechend. Die Tagesordnungen

<p>sind spätestens eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen zu veröffentlichen, die Beschlüsse, Anwesenheitslisten und Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse im Anschluss an die Sitzungen. Im Falle einer Zustimmung des Verwaltungsrates zum Abschluss von Anstellungsverträgen mit außertariflichen Angestellten nach § 15 Absatz 2 Nummer 1 enthält die Veröffentlichung der Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen auch eine Darstellung der jährlichen Vergütungen sowie etwaiger vertraglich vereinbarter Zusatzleistungen unter Namensnennung. Entsprechendes gilt für Verträge mit freien Mitarbeitern, die der Zustimmung des Verwaltungsrates bedürfen.</p> <p>(7) Die Mitglieder des Verwaltungsrats nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen zu betriebswirtschaftlichen, technischen und medienrelevanten Themen und zum Datenschutz teil. Sie sollen die konkreten Geschäftsabläufe der Anstalt kennenlernen.</p> <p>(8) Das Nähere regelt die Satzung. In der Satzung können auch Fragen des Kostenersatzes und der Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder geregelt werden.</p>	<p>sind spätestens eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen zu veröffentlichen, die Beschlüsse, Anwesenheitslisten und Zusammenfassungen der wesentlichen Ergebnisse im Anschluss an die Sitzungen. Im Falle einer Zustimmung des Verwaltungsrates zum Abschluss von Anstellungsverträgen mit außertariflichen Angestellten nach § 15 Absatz 2 Nummer 1 enthält die Veröffentlichung der Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Sitzungen auch eine Darstellung der jährlichen Vergütungen sowie etwaiger vertraglich vereinbarter Zusatzleistungen unter Namensnennung. Entsprechendes gilt für Verträge mit freien Mitarbeitern, die der Zustimmung des Verwaltungsrates bedürfen.</p> <p>(7) Die Mitglieder des Verwaltungsrats nehmen regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen zu betriebswirtschaftlichen, technischen und medienrelevanten Themen und zum Datenschutz teil. Sie sollen die konkreten Geschäftsabläufe der Anstalt kennenlernen. Die Anstalt ermöglicht in Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates Fort- und Weiterbildung mit externen Personen.</p> <p>(8) Das Nähere regelt die Satzung. In der Satzung können auch Fragen des Kostenersatzes und der Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder geregelt werden.</p>
	<p>§ 17 Compliance und gute Unternehmensführung</p> <p>(1) Die Anstalt hat ein wirksames Compliance Management System nach anerkannten Standards sowie eine Unternehmensleitung entsprechend den Grundsätzen der guten Unternehmensführung zu gewährleisten und nach dem aktuellen Stand fortzuschreiben. Es wird zur Verwirklichung eines effektiven Compliance Management Systems auch eine in Ausübung der Tätigkeit unabhängige Compliancestelle oder eine Compliancebeauftragte oder ein Compliancebeauftragter eingesetzt, die oder der regelmäßig an die Intendantin oder den Intendanten und den Verwaltungsrat berichtet. Soweit der Rundfunkrat unmittelbar berührt ist, ist auch an diesen zu berichten.</p> <p>(2) Die Anstalt beauftragt eine Ombudsperson als externe Anlaufstelle für vertrauliche und anonyme Hinweise zu Rechts- und Regelverstößen. Die Ombudsperson soll die Befähigung zum Richteramt besitzen und darf keine</p>

	wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die neutrale und unabhängige Vertrauensstellung zu gefährden.
<p>§ 17 Veröffentlichung von Beanstandungen</p> <p>Bei Rechtsverstößen hat die Intendantin oder der Intendant Beanstandungen des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates auf deren Verlangen im Programm zu veröffentlichen.</p>	<p>§ 18 Veröffentlichung von Beanstandungen</p> <p>Normtext unverändert</p>
<p>§ 18 Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten und der Direktorinnen oder Direktoren</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant wird vom Rundfunkrat auf fünf Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig.</p> <p>(2) Zur Vorbereitung der Wahl der Intendantin oder des Intendanten bildet der Rundfunkrat eine Findungskommission unter Beteiligung des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat kann Wahlvorschläge machen, an die der Rundfunkrat nicht gebunden ist.</p> <p>(3) Die Direktorinnen oder Direktoren werden vom Rundfunkrat auf Vorschlag der Intendantin oder des Intendanten auf fünf Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. In der Satzung sind die Geschäftsbereiche und die Anzahl der Direktorinnen oder Direktoren (mindestens zwei weitere Personen neben der Intendantin oder dem Intendanten) zu bestimmen.</p> <p>(4) Die Intendantin oder der Intendant kann aus wichtigem Grund durch Beschluss des Rundfunkrats abberufen werden. Der Rundfunkrat holt vor der Beschlussfassung eine Stellungnahme des Verwaltungsrats ein. Die Intendantin oder der Intendant ist vor der Entscheidung zu hören.</p> <p>(5) Die Direktorinnen oder Direktoren können aus wichtigem Grund durch Beschluss des Rundfunkrats abberufen werden. Die Betroffenen sind vor der Entscheidung zu hören.</p> <p>(6) Mitglieder des Direktoriums sind die Intendantin oder der Intendant und die Direktorinnen oder Direktoren.</p>	<p>§ 19 Wahl und Abberufung der Intendantin oder des Intendanten und der Direktorinnen oder Direktoren</p> <p>Normtext unverändert</p>

§ 19 Aufgaben und Arbeitsweise der Intendantin oder des Intendanten sowie des Direktoriums

(1) Die Intendantin oder der Intendant leitet die Anstalt. Sie oder er hat den besonderen Erfordernissen einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Rechnung zu tragen und sorgt für eine größtmögliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und den sonstigen Organen der Anstalt.

(2) Sie oder er hat die Verantwortung für den gesamten Betrieb der Anstalt und für die Programmgestaltung. Sie oder er führt den Vorsitz des Direktoriums und bestimmt, wer aus dem Direktorium die Stellvertretung übernimmt. Sie oder er vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. § 15 Absatz 6 bleibt unberührt.

(3) Das Direktorium ist unter Beachtung der Gesamtverantwortung der Intendantin oder des Intendanten zuständig, insbesondere für

1. alle Angelegenheiten, die für die Anstalt von Bedeutung sind, wie

- a) die Struktur des Programms,
- b) Aufstellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
- c) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken,
- d) Erwerb und Veräußerung von Unternehmungen und Beteiligungen,
- e) Einstellung, Entlassung und Umgruppierung von Personal,

2. Meinungsverschiedenheiten über Angelegenheiten, die mehrere Geschäftsbereiche berühren, auf Antrag einer Direktorin oder eines Direktors.

(4) Unter Beachtung der Gesamtverantwortung der Intendantin oder des Intendanten sowie im Rahmen der Beschlüsse der Aufsichtsgremien und der Beratungen im Direktorium leitet jedes Mitglied des Direktoriums seinen Geschäftsbereich selbstständig und in eigener Verantwortung.

(5) Das Direktorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Die Intendantin oder der Intendant und die Direktorinnen oder Direktoren können mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rundfunkrats und des

§ 20 Aufgaben und Arbeitsweise der Intendantin oder des Intendanten sowie des Direktoriums

Normtext unverändert

<p>Verwaltungsrats teilnehmen, soweit nicht über sie selbst verhandelt wird. Sie sind auf Beschluss zur Teilnahme verpflichtet.</p>	
<p>§ 20 Organisationsplan und Entwicklungsbericht</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant legt einen Organisationsplan vor, der der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf.</p> <p>(2) Zur ersten Sitzung des letzten Quartals eines Geschäftsjahres ist die Intendantin oder der Intendant verpflichtet, sowohl dem Rundfunkrat als auch dem Verwaltungsrat einen Entwicklungsbericht für das zukünftige Geschäftsjahr zur Stellungnahme vorzulegen. Der Bericht ist auf den Internetseiten der Anstalt zu veröffentlichen.</p> <p>(3) Leitungsfunktionen im Programmbereich werden für eine Zeit von höchstens fünf Jahren besetzt. Wiederbesetzung ist zulässig. Der Organisationsplan kann festlegen, welche weiteren Leitungsfunktionen auf Zeit zu besetzen sind. Die Festlegung, welche auf Zeit zu besetzende Leitungsfunktionen sind, bedarf der Zustimmung des Rundfunkrats.</p>	<p>§ 21 Organisationsplan und Entwicklungsbericht</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant legt einen Organisationsplan vor, der der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf.</p> <p>(2) Zur ersten Sitzung des letzten Quartals eines Geschäftsjahres ist die Intendantin oder der Intendant verpflichtet, sowohl dem Rundfunkrat als auch dem Verwaltungsrat einen Entwicklungsbericht für das zukünftige Geschäftsjahr zur Stellungnahme vorzulegen. Der Bericht ist in geeigneter Form auf den Internetseiten der Anstalt zu veröffentlichen.</p> <p>(3) Leitungsfunktionen im Programmbereich werden für eine Zeit von höchstens fünf Jahren besetzt. Wiederbesetzung ist zulässig. Der Organisationsplan kann festlegen, welche weiteren Leitungsfunktionen auf Zeit zu besetzen sind. Die Festlegung, welche auf Zeit zu besetzende Leitungsfunktionen sind, bedarf der Zustimmung des Rundfunkrats.</p>
<p>§ 21 Berufsgruppenvertretung</p> <p>(1) Für die einzelnen Berufsgruppen, die bei der Anstalt beschäftigt sind, werden Berufsgruppenausschüsse von den jeweiligen Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen gewählt. Den Berufsgruppenausschüssen obliegt die Wahrnehmung der berufsspezifischen Interessen der einzelnen Berufsgruppen. Soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die in die Zuständigkeit des Personalrats fallen, können sie Empfehlungen beschließen, die an den Personalrat zu richten sind.</p> <p>(2) Die Angehörigen der jeweiligen Berufsgruppe haben jederzeit das Recht, den Berufsgruppenausschuss anzurufen.</p> <p>(3) Die Intendantin oder der Intendant und der Personalrat regeln in einer Dienstvereinbarung nach § 62 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes insbesondere:</p>	<p>§ 22 Berufsgruppenvertretung</p> <p>(1) Für die einzelnen Berufsgruppen, die bei der Anstalt beschäftigt sind, werden Berufsgruppenausschüsse von den jeweiligen Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen gewählt. Den Berufsgruppenausschüssen obliegt die Wahrnehmung der berufsspezifischen Interessen der einzelnen Berufsgruppen. Soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die in die Zuständigkeit des Personalrats fallen, können sie Empfehlungen beschließen, die an den Personalrat zu richten sind.</p> <p>(2) Die Angehörigen der jeweiligen Berufsgruppe haben jederzeit das Recht, den Berufsgruppenausschuss anzurufen.</p> <p>(3) Die Intendantin oder der Intendant und der Personalrat regeln in einer Dienstvereinbarung nach § 62 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes insbesondere:</p>

<p>1. für welche Berufsgruppen Berufsgruppenausschüsse eingerichtet werden,</p> <p>2. die Zusammensetzung der Berufsgruppenausschüsse,</p> <p>3. Näheres über die Zuständigkeit der Berufsgruppenausschüsse und</p> <p>4. Näheres über Organisation und Verfahren für die Berufsgruppenausschüsse.</p> <p>(4) Der Berufsgruppenausschuss der Programm-Mitarbeiterinnen und Programm-Mitarbeiter ist der Redakteursausschuss. Ihm obliegt insbesondere die Aufgabe, sich um eine Einigung bei Konflikten in Programmfragen zu bemühen. Absatz 3 Nummer 2 bis 4 gilt mit der Maßgabe, dass die Dienstvereinbarung zwischen der Intendantin oder dem Intendanten und dem Redakteursausschuss geschlossen wird (Redaktionsstatut). Der Personalrat ist zu beteiligen.</p> <p>(5) Der Redakteursausschuss hat ein Vortragsrecht vor dem Rundfunkrat, wenn in einer Programmangelegenheit eine Einigung mit der Intendantin oder dem Intendanten nicht erzielt worden ist und die Intendantin oder der Intendant oder der Redakteursausschuss die Nichteinigung festgestellt hat. Der Personalrat ist bei den Einigungsgesprächen zu beteiligen.</p> <p>(6) Der Rundfunkrat kann in einer solchen Angelegenheit eine Stellungnahme abgeben, die eine Empfehlung darstellt, jedoch die Intendantin oder den Intendanten nicht von einer eigenverantwortlichen Entscheidung entbindet.</p>	<p>1. für welche Berufsgruppen Berufsgruppenausschüsse eingerichtet werden,</p> <p>2. die Zusammensetzung der Berufsgruppenausschüsse,</p> <p>3. Näheres über die Zuständigkeit der Berufsgruppenausschüsse und</p> <p>4. Näheres über Organisation und Verfahren für die Berufsgruppenausschüsse.</p> <p>(4) Der Berufsgruppenausschuss der Programm-Mitarbeiterinnen und Programm-Mitarbeiter ist der Redakteursausschuss Redaktionsausschuss. Ihm obliegt insbesondere die Aufgabe, sich um eine Einigung bei Konflikten in Programmfragen zu bemühen. Absatz 3 Nummer 2 bis 4 gilt mit der Maßgabe, dass die Dienstvereinbarung zwischen der Intendantin oder dem Intendanten und dem Redakteursausschuss Redaktionsausschuss geschlossen wird (Redaktionsstatut). Der Personalrat ist zu beteiligen.</p> <p>(5) Der Redakteursausschuss Redaktionsausschuss hat ein Vortragsrecht vor dem Rundfunkrat, wenn in einer Programmangelegenheit eine Einigung mit der Intendantin oder dem Intendanten nicht erzielt worden ist und die Intendantin oder der Intendant oder der Redakteursausschuss Redaktionsausschuss die Nichteinigung festgestellt hat. Der Personalrat ist bei den Einigungsgesprächen zu beteiligen.</p> <p>(6) Der Rundfunkrat kann in einer solchen Angelegenheit eine Stellungnahme abgeben, die eine Empfehlung darstellt, jedoch die Intendantin oder den Intendanten nicht von einer eigenverantwortlichen Entscheidung entbindet.</p>
<p>§ 22 Personalvertretungsrecht</p> <p>(1) Für Radio Bremen finden nach § 1 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes die Bestimmungen des Bremischen Personalvertretungsgesetzes nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen Anwendung.</p> <p>(2) Bei Beschäftigten, deren Vergütung sich nach der Gehaltsgruppe XII des Gehaltstarifvertrages Radio Bremen bemisst oder deren Vergütung über der höchsten Gehaltsgruppe liegt, wird der Personalrat in den Fällen des § 63</p>	<p>§ 23 Personalvertretungsrecht</p> <p>Normtext unverändert</p>

<p>Absatz 1 Buchstabe f bis k und des § 65 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes nicht beteiligt.</p> <p>(3) Bei im Programmbereich Beschäftigten der Gehaltsgruppe XI des Gehaltstarifvertrages Radio Bremen tritt in Fällen des § 63 Absatz 1 Buchstabe f bis k und des § 65 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes an die Stelle der Mitbestimmung des Personalrats die Mitwirkung entsprechend des § 72 Absatz 1 bis 3 und 6 des Bundespersonalvertretungsgesetzes.</p> <p>(4) Die Beschlüsse der Einigungsstelle sind bindend in den Angelegenheiten, die in ihrem Schwerpunkt die Beschäftigten in ihrem Beschäftigungsverhältnis betreffen und nur unerheblich die Wahrnehmung der Aufgaben der Anstalt berühren. In allen anderen Angelegenheiten und in Angelegenheiten des Satzes 1, bei denen im Einzelfall die Entscheidung von Bedeutung für die Erfüllung der Aufgaben der Anstalt ist, sind die Beschlüsse der Einigungsstelle nicht bindend und hat die Intendantin oder der Intendant das Recht, die endgültige Entscheidung zu treffen.</p> <p>(5) Als Bedienstete im Sinne des Bremischen Personalvertretungsgesetzes gelten auch die arbeitnehmerähnlichen Personen.</p>	
<p>Abschnitt 3 Die Wirtschaft der Anstalt</p>	
<p>§ 23 Einnahmen</p> <p>Die Einnahmen der Anstalt dürfen nur zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages verwendet werden. Zuschüsse des Staates sowie politischer, wirtschaftlicher oder anderer Organisationen sind unzulässig.</p>	<p>§ 24 Wirtschaftsplan, Einnahmen und Personalausgaben</p> <p>(1) Bei Aufstellung und Ausführung ihres Wirtschaftsplans hat die Anstalt die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit zu beachten.</p> <p>(2) Für finanzwirksamen Maßnahmen führt die Anstalt eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch. Das Nähere regelt die Finanzordnung. Diese kann, sofern und soweit auf andere Weise die sparsame und wirtschaftliche Mittelverwendung gewährleistet wird, im Einzelnen bestimmte Ausnahmen für unbedeutende finanzwirksame</p>

	<p>Maßnahmen sowie für den Bereich des Kaufs, der Entwicklung und der Produktion von audiovisuellen Angebote vorsehen.</p> <p>(3) Es ist ein Rechnungswesen einschließlich der dazugehörigen Kostenrechnung vorzuhalten, das der Größe und den besonderen Anforderungen der Anstalt entspricht.</p> <p>(4) Die Anstalt erstellt Personalkonzepte zur mittel- und langfristigen Steuerung des Personalaufwands.</p> <p>(5) Die Einnahmen der Anstalt dürfen nur zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages verwendet werden. Zuschüsse des Staates sowie politischer, wirtschaftlicher oder anderer Organisationen sind unzulässig.</p> <p>(6) Die Gehaltsstruktur und Entlohnung im Bereich der außertariflichen Beschäftigten orientieren sich am öffentlichen Sektor, an den Aufgaben und der Größe der Anstalt und berücksichtigen, dass die Anstalt weitgehend aus Beiträgen finanziert wird.</p>
<p>§ 24 Kommerzielle Tätigkeiten</p> <p>(1) Die Anstalt ist berechtigt, nach Maßgabe des Medienstaatsvertrages kommerzielle Tätigkeiten auszuüben. Für die Beteiligung an Unternehmen gelten zusätzlich die Bestimmungen der nachfolgenden Absätze.</p> <p>(2) Angehörige der Anstalt sowie Mitglieder des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates dürfen an Unternehmen, an denen Radio Bremen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, nicht persönlich beteiligt sein.</p> <p>(3) Radio Bremen hat sicherzustellen, dass Mitglieder der Geschäftsführung sowie leitende Angestellte von juristischen Personen oder Unternehmen, deren Geschäftsanteile sich ausschließlich in der Hand der Anstalt befinden, nicht ihrerseits an anderen juristischen Personen oder Unternehmen dieser Art beteiligt sind.</p> <p>(4) Alle Beteiligungen der Anstalt sind auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen.</p>	<p>§ 25 Kommerzielle Tätigkeiten</p> <p>(1) Die Anstalt ist berechtigt, nach Maßgabe des Medienstaatsvertrages kommerzielle Tätigkeiten auszuüben. Für die Beteiligung an Unternehmen gelten zusätzlich die Bestimmungen der nachfolgenden Absätze.</p> <p>(2) Angehörige der Anstalt sowie Mitglieder des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates dürfen an Unternehmen, an denen Radio Bremen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, nicht persönlich beteiligt sein.</p> <p>(3) Radio Bremen hat sicherzustellen, dass Mitglieder der Geschäftsführung des Direktoriums sowie leitende Angestellte von juristischen Personen oder Unternehmen, deren Geschäftsanteile sich ausschließlich in der Hand der Anstalt befinden, nicht ihrerseits an anderen juristischen Personen oder Unternehmen dieser Art beteiligt sind.</p> <p>(4) Alle Beteiligungen der Anstalt sind auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen.</p>

<p>(5) Die Intendantin oder der Intendant unterrichtet den Rundfunkrat regelmäßig über die wesentlichen Vorgänge in den Beteiligungsunternehmen. Ihre oder seine Mitteilungspflichten gegenüber dem Verwaltungsrat ergeben sich aus dem Medienstaatsvertrag.</p>	<p>(5) Die Intendantin oder der Intendant unterrichtet den Rundfunkrat regelmäßig über die wesentlichen Vorgänge in den Beteiligungsunternehmen. Ihre oder seine Mitteilungspflichten gegenüber dem Verwaltungsrat ergeben sich aus dem Medienstaatsvertrag.</p>
<p>§ 25 Jahresabschluss und Rechnungsprüfung</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant hat nach Abschluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu erstellen. Der Konzernlagebericht hat einen umfassenden Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse der Anstalt einschließlich ihrer Beziehungen zu Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu vermitteln.</p> <p>(2) Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und vor der Feststellung durch einen vom Verwaltungsrat im Einvernehmen mit dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen beauftragten Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist auch mit den Feststellungen und Berichten nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu beauftragen. Nach Genehmigung des Jahresabschlusses veröffentlicht die Intendantin oder der Intendant entsprechend den Regelungen des § 13 Absatz 9 Satz 1 und nach näherer Bestimmung der Satzung eine Gesamtübersicht über den Jahresabschluss und eine Zusammenfassung der wesentlichen Teile des Konzernlageberichts.</p> <p>(3) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht und Prüfungsberichte werden von der Intendantin oder dem Intendanten dem Senat und dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen übermittelt. Weitergehende Anforderungen aus dem Medienstaatsvertrag, insbesondere § 43 des Medienstaatsvertrages, bleiben unberührt.</p>	<p>§ 26 Jahresabschluss und Rechnungsprüfung</p> <p>(1) Die Intendantin oder der Intendant hat nach Abschluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss, den Lagebericht, den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu erstellen. Der Konzernlagebericht hat einen umfassenden Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse der Anstalt einschließlich ihrer Beziehungen zu Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu vermitteln.</p> <p>(2) Der Jahresabschluss und der Konzernabschluss sind nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und vor der Feststellung durch einen vom Verwaltungsrat im Einvernehmen mit dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen beauftragten Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist auch mit den Feststellungen und Berichten nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu beauftragen. Nach Genehmigung des Jahresabschlusses veröffentlicht die Intendantin oder der Intendant entsprechend den Regelungen des § 13 Absatz 9 Satz 1 und nach näherer Bestimmung der Satzung eine Gesamtübersicht über den Jahresabschluss und eine Zusammenfassung der wesentlichen Teile des Konzernlageberichts.</p> <p>(3) Jahresabschluss, Lagebericht, Konzernabschluss, Konzernlagebericht und Prüfungsberichte werden von der Intendantin oder dem Intendanten dem Senat und dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen übermittelt. Weitergehende Anforderungen aus dem Medienstaatsvertrag, insbesondere § 43 des Medienstaatsvertrages, bleiben unberührt.</p>

(4) Die Haushaltsführung, Rechnungslegung, Prüfung und Entlastung der Anstalt richtet sich nach § 105 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung; keine Anwendung finden § 108 und § 109 Absatz 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung. Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen prüft nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(5) Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen teilt das Ergebnis seiner Prüfung der Intendantin oder dem Intendanten, dem Verwaltungsrat sowie der KEF mit. Er gibt der Intendantin oder dem Intendanten Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Ergebnis der Prüfung und berücksichtigt die Stellungnahme. Den auf dieser Grundlage erstellten abschließenden Bericht über das Ergebnis der Prüfung teilt der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen der Bremischen Bürgerschaft, dem Senat der Freien Hansestadt Bremen sowie der KEF mit und veröffentlicht ihn anschließend.

(6) Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen prüft nach § 92 der Landeshaushaltsordnung die Haushalts- und Wirtschaftsführung bei solchen Unternehmen des privaten Rechts, an denen Radio Bremen unmittelbar oder mittelbar oder zusammen mit sonstigen Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt ist und deren Gesellschaftsvertrag oder Satzung diese Prüfungen durch den Rechnungshof vorsieht. Radio Bremen ist verpflichtet, für die Aufnahme der erforderlichen Regelungen in den Gesellschaftsvertrag oder die Satzung der Unternehmen zu sorgen. Absatz 5 Satz 1 bis 3 gilt mit der Maßgabe, dass die Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung durch den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen zusätzlich an die Geschäftsführung des geprüften Beteiligungsunternehmens zu richten und dieser ebenfalls Gelegenheit zur Abgabe einer zu berücksichtigenden Stellungnahme zu geben ist. Bei der Veröffentlichung hat der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen darauf zu achten, dass die Wettbewerbsfähigkeit des geprüften Beteiligungsunternehmens nicht beeinträchtigt wird und insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

(4) Die Haushaltsführung, Rechnungslegung, Prüfung und Entlastung der Anstalt richtet sich nach § 105 Absatz 1 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung; keine Anwendung finden § 108 und § 109 Absatz 3 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung. Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen prüft nach § 111 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung die Haushalts- und Wirtschaftsführung.

(5) Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen teilt das Ergebnis seiner Prüfung der Intendantin oder dem Intendanten, dem Verwaltungsrat sowie der KEF mit. Er gibt der Intendantin oder dem Intendanten Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Ergebnis der Prüfung und berücksichtigt die Stellungnahme. Den auf dieser Grundlage erstellten abschließenden Bericht über das Ergebnis der Prüfung teilt der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen der Bremischen Bürgerschaft, dem Senat der Freien Hansestadt Bremen sowie der KEF mit und veröffentlicht ihn anschließend.

(6) Der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen prüft nach § 92 der Landeshaushaltsordnung die Haushalts- und Wirtschaftsführung bei solchen Unternehmen des privaten Rechts, an denen Radio Bremen unmittelbar oder mittelbar oder zusammen mit sonstigen Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt ist und deren Gesellschaftsvertrag oder Satzung diese Prüfungen durch den Rechnungshof vorsieht. Radio Bremen ist verpflichtet, für die Aufnahme der erforderlichen Regelungen in den Gesellschaftsvertrag oder die Satzung der Unternehmen zu sorgen. Absatz 5 Satz 1 bis 3 gilt mit der Maßgabe, dass die Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung durch den Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen zusätzlich an die Geschäftsführung des geprüften Beteiligungsunternehmens zu richten und dieser ebenfalls Gelegenheit zur Abgabe einer zu berücksichtigenden Stellungnahme zu geben ist. Bei der Veröffentlichung hat der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen darauf zu achten, dass die Wettbewerbsfähigkeit des geprüften Beteiligungsunternehmens nicht beeinträchtigt wird und insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

Weitergehende Anforderungen aus dem Medienstaatsvertrag, insbesondere § 43 des Medienstaatsvertrages, bleiben unberührt.

(7) Über die Mitteilungspflichten aus dem Medienstaatsvertrag hinaus teilt der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen den abschließenden Bericht über das Ergebnis seiner Prüfung dem Rundfunkrat mit. Dabei achtet der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen darauf, dass die Wettbewerbsfähigkeit der geprüften Unternehmen nicht beeinträchtigt wird und insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

(8) Radio Bremen veröffentlicht sämtliche für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge, Vergütungen und Leistungen der Intendantin oder des Intendanten und der vom Rundfunkrat gewählten Direktorinnen und Direktoren unter Nennung des Namens in geeigneter Form auf ihren Internetseiten.

Weitergehende Anforderungen aus dem Medienstaatsvertrag, insbesondere § 43 des Medienstaatsvertrages, bleiben unberührt.

(7) Über die Mitteilungspflichten aus dem Medienstaatsvertrag hinaus teilt der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen den abschließenden Bericht über das Ergebnis seiner Prüfung dem Rundfunkrat mit. Dabei achtet der Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen darauf, dass die Wettbewerbsfähigkeit der geprüften Unternehmen nicht beeinträchtigt wird und insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

(8) ~~Radio Bremen~~ Die Anstalt veröffentlicht sämtliche für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge, Vergütungen und Leistungen der Intendantin oder des Intendanten und der vom Rundfunkrat gewählten Direktorinnen und Direktoren unter Nennung des Namens **in ihrem Geschäftsbericht und** in geeigneter Form auf ihren Internetseiten-, **soweit diese nicht einer Abführungspflicht unterliegen. Teil dieser Bezüge sind namentlich Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und sonstige geldwerte Vorteile. Satz 1 gilt insbesondere auch für**

1. Leistungen, die den genannten Personen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,

2. Leistungen, die den genannten Personen für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie dem vonseiten der Anstalt während des Geschäftsjahres hierfür aufgewandten oder zurückgestellten Betrag,

3. während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen,

4. Leistungen, die einer der genannten Personen, die ihre Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang zugesagt und im Laufe des Geschäftsjahres gewährt worden sind,

5. Leistungen, die den genannten Personen für Tätigkeiten bei Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gewährt worden sind, und

	<p>6. Leistungen, die den genannten Personen für entgeltliche Nebentätigkeiten gewährt worden sind, auch wenn diese nicht im Zusammenhang mit der Tätigkeit bei der Anstalt stehen.</p> <p>(9) Die Anstalt berichtet dem Verwaltungsrat jährlich über die Bezüge, Vergütungen und Leistungen im Sinne von Absatz 8 im Hinblick auf die sonstigen außertariflichen Beschäftigten. Die Anstalt darf außertarifliche Beschäftigungsverhältnisse nur eingehen, wenn sich die oder der Beschäftigte verpflichtet, der Anstalt gegenüber die Angaben in entsprechender Anwendung des Absatzes 8 zu tätigen, die nur der oder dem Beschäftigten bekannt sind.</p> <p>(10) Die Geschäftsberichte sowie in geeigneter Form die Internetseiten der Anstalt haben Angaben über die Tarifstrukturen und eine strukturierte Darstellung der außertariflichen Vereinbarungen zu enthalten.</p>
--	--

Abschnitt 4
Rechte Dritter

<p>§ 26 Eingaben</p> <p>(1) Jede Person hat das Recht, sich mit Beschwerden und Anregungen zu Rundfunkprogrammen und Telemedien an die Anstalt zu wenden. Auf den Internetseiten der Anstalt ist auf die Möglichkeit von Eingaben deutlich hinzuweisen.</p> <p>(2) Bei der Anstalt wird eine unabhängige Publikumsstelle eingerichtet. Sie nimmt alle Eingaben und Anfragen der Rezipienten entgegen, die nicht an eine bestimmte Person oder Redaktion gerichtet sind und sorgt unter Einbeziehung der zuständigen Stelle für eine sachgerechte Behandlung. Der Publikumsstelle ist Gelegenheit zu geben, zu Programmbeschwerden nach Absatz 3 und sonstigen Eingaben Stellung zu nehmen. Die Intendantin oder der Intendant berücksichtigt die Stellungnahme bei der Beantwortung.</p> <p>(3) Programmbeschwerden, in denen die Verletzung von Programmgrundsätzen nach § 3 behauptet wird, sind von der Intendantin</p>

<p>§ 27 Eingaben</p> <p>(1) Jede Person hat das Recht, sich mit Beschwerden und Anregungen zu Rundfunkprogrammen und Telemedien an die Anstalt zu wenden. Auf den Internetseiten der Anstalt ist auf die Möglichkeit von Eingaben deutlich hinzuweisen.</p> <p>(2) Bei der Anstalt wird eine unabhängige Publikumsstelle eingerichtet. Sie nimmt alle Eingaben und Anfragen der Rezipienten entgegen, die nicht an eine bestimmte Person oder Redaktion gerichtet sind und sorgt unter Einbeziehung der zuständigen Stelle für eine sachgerechte Behandlung. Der Publikumsstelle ist Gelegenheit zu geben, zu Programmbeschwerden nach Absatz 3 und sonstigen Eingaben Stellung zu nehmen. Die Intendantin oder der Intendant berücksichtigt die Stellungnahme bei der Beantwortung.</p> <p>(3) Programmbeschwerden, in denen die Verletzung von Programmgrundsätzen nach § 3 behauptet wird, sind von der Intendantin</p>

oder dem Intendanten innerhalb eines Monats schriftlich zu beantworten. In der Antwort ist auf die Beschwerdemöglichkeit nach Absatz 4 hinzuweisen.

(4) Ist der Beschwerdeführer mit der Antwort nach Absatz 2 nicht einverstanden oder hat er innerhalb der Monatsfrist keine Antwort erhalten, so kann er sich mit seiner Beschwerde unmittelbar an den Rundfunkrat wenden. Der Beschwerdeführer ist nach Behandlung seiner Beschwerde durch den Rundfunkrat vom vorsitzführenden Mitglied über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

(5) Soweit der Beschwerdeführer sich mit einer Beschwerde unmittelbar an den Rundfunkrat oder das vorsitzführende Mitglied wendet, wird die Beschwerde der Intendantin oder dem Intendanten zugeleitet. Das vorsitzführende Mitglied teilt die Abgabe dem Beschwerdeführer mit. Absatz 3 gilt entsprechend.

(6) Die Intendantin oder der Intendant berichtet dem Rundfunkrat zu jeder Sitzung über eingegangene Programmbeschwerden nach Absatz 3 und weitere wesentliche Eingaben und deren Behandlung. Ebenso berichtet die Publikumsstelle. Die Berichte werden unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange auf den Internetseiten der Anstalt veröffentlicht.

(7) Das Nähere regelt die Satzung.

§ 27 Gegendarstellungsrecht

(1) Die Anstalt ist verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person, Gruppe oder Stelle zu verbreiten, die durch eine von der Anstalt in einer Sendung verbreitete Tatsachenbehauptung betroffen ist.

(2) Die Pflicht zur Verbreitung der Gegendarstellung besteht nicht, wenn

1. die Person, Gruppe oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat, oder

oder dem Intendanten innerhalb eines Monats **schriftlich mindestens in Textform** zu beantworten. In der Antwort ist auf die Beschwerdemöglichkeit nach Absatz 4 hinzuweisen.

(4) Ist der Beschwerdeführer mit der Antwort nach Absatz 2 nicht einverstanden oder hat er innerhalb der Monatsfrist keine Antwort erhalten, so kann er sich mit seiner Beschwerde unmittelbar an den Rundfunkrat wenden. Der Beschwerdeführer ist nach Behandlung seiner Beschwerde durch den Rundfunkrat vom vorsitzführenden Mitglied über den Ausgang des Verfahrens zu unterrichten.

(5) Soweit der Beschwerdeführer sich mit einer Beschwerde unmittelbar an den Rundfunkrat oder das vorsitzführende Mitglied wendet, wird die Beschwerde der Intendantin oder dem Intendanten zugeleitet. Das vorsitzführende Mitglied teilt die Abgabe dem Beschwerdeführer mit. Absatz 3 gilt entsprechend.

(6) Die Intendantin oder der Intendant berichtet dem Rundfunkrat zu jeder Sitzung über eingegangene Programmbeschwerden nach Absatz 3 und weitere wesentliche Eingaben und deren Behandlung. Ebenso berichtet die Publikumsstelle. Die Berichte werden unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange auf den Internetseiten der Anstalt veröffentlicht.

(7) Das Nähere regelt die Satzung.

§ 28 Gegendarstellungsrecht

(1) Die Anstalt ist verpflichtet, eine Gegendarstellung der Person, ~~Gruppe~~ oder Stelle zu verbreiten, die durch eine von der Anstalt in ~~einer Sendung~~ **einem Angebot** verbreitete Tatsachenbehauptung betroffen ist.

(2) Die Pflicht zur Verbreitung der Gegendarstellung besteht nicht, wenn

1. die Person, ~~Gruppe~~ oder Stelle kein berechtigtes Interesse an der Verbreitung hat, oder

2. die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist. Überschreitet die Gegendarstellung nicht den Umfang des beanstandeten Teils der Sendung, gilt sie als angemessen.

(3) Die Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben. Sie bedarf der Schriftform und muss von der Person, Gruppe oder Stelle oder ihrem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Die Verbreitung kann nur verlangt werden, wenn die Gegendarstellung unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Monaten, der Anstalt zugeht. Die Gegendarstellung muss die beanstandete Sendung und Tatsachenbehauptung bezeichnen.

(4) Die Gegendarstellung muss unverzüglich innerhalb des gleichen Programms wie die beanstandete Tatsachenbehauptung sowie zur gleichen Tageszeit verbreitet werden. Wenn dies nicht möglich ist, muss die Gegendarstellung innerhalb der gleichen Programmsparte und zu einer gleichwertigen Sendezeit verbreitet werden. Die Verbreitung erfolgt ohne Einschaltungen und Weglassungen. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(5) Wird eine Sendung zum beliebigen zeitlichen Empfang bereitgestellt, so ist die Gegendarstellung für die Dauer der Bereitstellung mit der Sendung zu verbinden. Wird die Sendung nicht mehr bereitgestellt oder endet die Bereitstellung vor Ablauf eines Monats nach Aufnahme der Gegendarstellung, so ist die Gegendarstellung an vergleichbarer Stelle so lange bereitzustellen, wie die oder der Betroffene es verlangt, höchstens jedoch einen Monat.

(6) Die Verbreitung der Gegendarstellung erfolgt unentgeltlich. Dies gilt nicht, wenn sich die Gegendarstellung gegen eine Tatsachenbehauptung richtet, die in einer Werbesendung verbreitet worden ist.

(7) Für die Durchsetzung des Anspruchs ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Auf das Verfahren sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechend anzuwenden. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden. Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt.

2. die Gegendarstellung ihrem Umfang nach nicht angemessen ist. Überschreitet die Gegendarstellung nicht den Umfang des beanstandeten Teils ~~der Sendung des Angebots~~, gilt sie als angemessen.

(3) Die Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken und darf keinen strafbaren Inhalt haben. Sie bedarf der Schriftform und muss von der Person, ~~Gruppe~~ oder Stelle oder ihrem gesetzlichen Vertreter unterzeichnet sein. Die Verbreitung kann nur verlangt werden, wenn die Gegendarstellung unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Monaten, der Anstalt zugeht. Die Gegendarstellung muss ~~die das~~ beanstandete ~~Sendung~~ **Angebot** und Tatsachenbehauptung bezeichnen.

(4) Die Gegendarstellung muss unverzüglich innerhalb des gleichen ~~Programms Angebots~~ wie die beanstandete Tatsachenbehauptung sowie zur gleichen Tageszeit verbreitet werden. Wenn dies nicht möglich ist, muss die Gegendarstellung innerhalb der gleichen ~~Programmsparte~~ **Angebotssparte** und zu einer gleichwertigen ~~Sendezeit Veröffentlichungszeit~~ verbreitet werden. Die Verbreitung erfolgt ohne Einschaltungen und Weglassungen. Eine Erwiderung auf die verbreitete Gegendarstellung muss sich auf tatsächliche Angaben beschränken.

(5) Wird ~~eine Sendung ein Angebot~~ zum beliebigen zeitlichen Empfang bereitgestellt, so ist die Gegendarstellung für die Dauer der Bereitstellung mit ~~der Sendung dem Angebot~~ zu verbinden. Wird ~~die Sendung das Angebot~~ nicht mehr bereitgestellt oder endet die Bereitstellung vor Ablauf eines Monats nach Aufnahme der Gegendarstellung, so ist die Gegendarstellung an vergleichbarer Stelle so lange bereitzustellen, wie die oder der Betroffene es verlangt, höchstens jedoch einen Monat.

(6) Die Verbreitung der Gegendarstellung erfolgt unentgeltlich. Dies gilt nicht, wenn sich die Gegendarstellung gegen eine Tatsachenbehauptung richtet, die in einer Werbesendung verbreitet worden ist.

(7) Für die Durchsetzung des Anspruchs ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Auf das Verfahren sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung über das Verfahren auf Erlass einer einstweiligen Verfügung entsprechend

<p>(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen des Europäischen Parlamentes, der gesetzgebenden Organe des Bundes, der Länder und der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Gerichte sowie für Sendungen nach § 28. Zu einer Gegendarstellung kann eine Gegendarstellung nicht verlangt werden.</p>	<p>anzuwenden. Eine Gefährdung des Anspruchs braucht nicht glaubhaft gemacht zu werden. Ein Verfahren zur Hauptsache findet nicht statt.</p> <p>(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten nicht für wahrheitsgetreue Berichte über öffentliche Sitzungen des Europäischen Parlamentes, der gesetzgebenden Organe des Bundes, der Länder und der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Gerichte sowie für Sendungen nach § 289. Zu einer Gegendarstellung kann eine Gegendarstellung nicht verlangt werden.</p>
<p>Abschnitt 5 Staatliche Befugnisse</p>	
<p>§ 28 Verlautbarungsrecht</p> <p>Die Anstalt hat auf Verlangen der Bundesregierung oder des Senats der Freien Hansestadt Bremen unentgeltlich Gesetze und Verordnungen sowie andere amtliche Verlautbarungen durch Hörfunk und Fernsehen zu verbreiten, soweit dies erforderlich ist, um einer Gefahr für die Allgemeinheit oder für Menschenleben zu begegnen oder wenn das Gesetz, die Verordnung oder die Verlautbarung nicht auf ordnungsgemäßem Wege verkündet werden kann. Die Bundesregierung und der Senat der Freien Hansestadt Bremen haben das Recht, den Zeitpunkt der Verbreitung zu bestimmen.</p>	<p>§ 29 Verlautbarungsrecht</p> <p>Normtext unverändert</p>
<p>§ 29 Rechtsaufsicht</p> <p>(1) Die Rechtsaufsicht über die Anstalt obliegt dem Senat der Freien Hansestadt Bremen. Ihm sind die zur Wahrnehmung dieser Aufgabe erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen zu gewähren.</p> <p>(2) Die Rechtsaufsicht ist berechtigt, die Anstalt schriftlich auf Maßnahmen oder Unterlassungen hinzuweisen, die dieses Gesetz oder die allgemeinen Rechtsvorschriften verletzen, und sie aufzufordern, die Rechtsverletzung zu beseitigen.</p>	<p>§ 30 Rechtsaufsicht</p> <p>Normtext unverändert</p>

<p>(3) Wird die Rechtsverletzung nicht innerhalb einer angemessenen Frist behoben, weist die Rechtsaufsicht die Anstalt an, auf deren Kosten innerhalb einer angemessenen Frist im Einzelnen festgelegte Maßnahmen durchzuführen.</p>	
<p>§ 30 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsvorschriften</p> <p>(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Radio-Bremen-Gesetz vom 23. Januar 2008 (Brem.GBl. S. 13 - 225-b-1), das zuletzt durch Gesetz vom 1. April 2014 (Brem.GBl. S. 241) geändert worden ist, außer Kraft.</p> <p>(2) Für die am 24. März 2016 laufenden Amtsperioden des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates sind die Vorschriften des Abschnittes 2 des Radio-Bremen-Gesetzes in der am 23. März 2016 geltenden Fassung bis zum Ende der jeweiligen Amtsperiode weiter anzuwenden.</p>	<p>§ 31 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsvorschriften</p> <p>(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Radio-Bremen-Gesetz vom 23. Januar 2008 (Brem.GBl. S. 13 - 225-b-1), das zuletzt durch Gesetz vom 1. April 2014 (Brem.GBl. S. 241) geändert worden ist, außer Kraft.</p> <p>(2) Für die am 24. März 2016 laufenden Amtsperioden des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates sind die Vorschriften des Abschnittes 2 des Radio-Bremen-Gesetzes in der am 23. März 2016 geltenden Fassung bis zum Ende der jeweiligen Amtsperiode weiter anzuwenden.</p> <p>(3) § 26 Absatz 9 Satz 2 gilt nicht für die außertariflich Beschäftigten, deren außertarifliches Beschäftigungsverhältnis vor dem 1. Juni 2024 eingegangen worden ist. Soweit die Anstalt insoweit die Angaben gemäß § 26 Absatz 9 Satz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 8 nicht erlangen kann, entfällt auch die Berichtspflicht gegenüber dem Verwaltungsrat.</p>